

Kriegsgefangene im Gebiet der heutigen Steiermark 1914 bis 1918*

Von Peter Hansak

1. Einleitung

Mit Ausbruch des I. Weltkrieges wurde das moderne Kriegsvölkerrecht seiner ersten wirklichen Bewährungsprobe ausgesetzt. Die Regelungen, welche in diesem vierjährigen Völkerringen zur Anwendung kommen sollten, waren in den letzten fünfzig Jahren vor Kriegsausbruch entstanden. Begonnen hatte diese Entwicklung mit der I. Genfer Konvention 1864 und fand ein vorläufiges Ende in der II. Haager Konferenz von 1907.

Den Unterzeichnerstaaten war bei Vertragsabschluß durchaus bewußt, daß niemals alle Eventualitäten der modernen Kriegsführung berücksichtigt werden könnten. Bereits kurz nach Ende des Krieges wurden neue Verhandlungen begonnen, um die Erfahrungen der Kriegsjahre in das Völkerrecht aufnehmen zu können. Neben dem Abkommen über das Verbot des Einsatzes chemischer und biologischer Waffen wurde für das Kriegsgefangenenwesen eine eigene Genfer Konvention verfaßt, da sich gezeigt hatte, daß die Regelungen der Konferenz von Haag bezüglich der Kriegsgefangenenfrage¹ zu ungenau abgefaßt waren. Bereits nach den ersten Kriegsmonaten hatten die kriegführenden Nationen erkannt, daß die bestehenden Bestimmungen für Kriegsgefangene nicht ausreichend waren. Aus diesem Grund kam es die Kriegsjahre hindurch immer wieder zu Konferenzen zwischen Vertretern der verfeindeten Staaten, um offene Fragen zu klären. Als Vermittler bediente man sich der jeweiligen nationalen Rotkreuzgesellschaft. Rotkreuzdelegierten neutraler Staaten wurde sogar die Inspektion der Gefangenenlager gestattet. Für Österreich-Ungarn auf der einen und Rußland auf der anderen Seite war das Dänische Rote Kreuz der wichtigste Vermittler in der Gefangenenfrage.

Mit Kriegsausbruch sahen sich die beteiligten Parteien gezwungen, die von ihnen unterzeichneten Bestimmungen gegenüber einer nie erwarteten Menge von Kriegsgefangenen einzuhalten. Die daraus resultierenden Probleme spiegeln sich auch im Kriegsgefangenenwesen der Steiermark wider.

Die Quellenlage zum Thema ist sehr unterschiedlich. Auf Gemeindeebene existieren fast keine Unterlagen mehr, besser ist die Situation im Bereich der Stathalterei und selbstverständlich am ergiebigsten im Kriegsarchiv. Neben den mili-

* Der hier vorgelegte Beitrag ist ein umgearbeiteter und erweiterter Abschnitt aus meiner Dissertation: P. Hansak, Das Kriegsgefangenenwesen während des I. Weltkrieges im Gebiet der heutigen Steiermark, Graz 1991.

¹ IV. Übereinkommen, II. Kapitel der II. Haager Konferenz von 1907.

tärischen Stellen war das Ministerium für Inneres sehr mit der Kriegsgefangenenmaterie vertraut, da ihm die Überwachung der Gefangenen und die Kontrolle um die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften außerhalb des Lagerbereiches oblag. Im Roten Kreuz sind weder auf Landesebene noch österreichweit Unterlagen erhalten geblieben. Augenzeugenberichte liegen durch den italienischen Arzt Dr. Gironcoli² und Irene Mylius³ in gedruckter Form vor. Ein wertvolles Quellenwerk über das Kriegsgefangenenwesen in Österreich ist leider nicht mehr auffindbar. Es handelt sich um ein sechs handgeschriebene Bände umfassendes Manuskript des Ernst v. Streeruwitz. Der besondere Wert dieser Bücher liegt darin, daß ihr Verfasser Chef der Kriegsgefangenenabteilung im Kriegsministerium war.

2. Die ersten Gefangenen

Theoretisch war die Kriegsgefangenenfrage bei Kriegsbeginn also gelöst, praktisch fehlte aber allen beteiligten Konfliktparteien die Erfahrung in der Umsetzung der Regelungen. Erschwerend kam hinzu, daß die Zahl der eingebrachten Gefangenen sowie die Dauer deren Unterbringung bei weitem die Vorstellungen der Generalstäbe übertrafen. Taktisch gesehen waren die Anforderungen an mögliche Lagerstandorte klar definiert. Die Anhaltung mußte in vom Kriegsgeschehen unberührten Gebieten, weit entfernt von der Kampfzone, vorgenommen werden, um die Gefangenen nicht zu einer Flucht in Richtung einer nahen Front oder den Gegner zu einem Vorstoß in Richtung der Lager zu verleiten.

Mit der Eröffnung der Feindseligkeiten begann die Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für zukünftige Kriegsgefangene in den Bereichen der einzelnen Militärkommanden, wobei man versuchte, Böhmen und Mähren aus politischen Gründen als mögliche Lagerstandorte auszunehmen.⁴ So machten sich einige Militärs des Kronlandes auf die Suche nach entsprechenden Plätzen. Es mußten zwei Arten von Quartieren gefunden werden: für höhere Offiziere und Staboffiziere wie für niedere Dienstgrade und Mannschaften. Für die Suche nach geeigneten Objekten griff man auf die Hilfe von politischen Behörden und der Gendarmerie zurück. Die Gendarmen hatten die Aufgabe, in Frage kommende Objekte auf ihre Sicherheit, Unterbringungsqualität, die Möglichkeit der Versorgung und der Bewachung zu untersuchen. Oft stellten sie den ersten Kontakt zu den Besitzern her. Es kam jedoch auch vor, daß Besitzer von geeigneten Gebäuden, durch Anschläge an den Amtstafeln aufmerksam geworden, ihre Güter und kleine Schlösser selbst anboten, da die Einquartierung gegen entsprechenden Kostenersatz vorgenommen werden sollte. Schon sehr früh vertrat die Bezirkshauptmannschaft Graz gegenüber der Statthalterei die Ansicht, daß die begutachteten Plätze den eigenen Offizieren und Soldaten zur Erholung dienen und für die Gefangenen Barackenlager errichtet werden sollten.⁵ Dennoch wurden Vorerhebungen eingeleitet, die jedoch entsprechend ernüchternd ausfielen. Im Bereich Graz-Umgebung wurden zehn Gebäude ausfindig gemacht, die

insgesamt lediglich 3140 Gefangene aufnehmen konnten. Als weiteres Problem erwies sich die mangelnde Bereitschaft der Eigentümer, einer längeren Unterbringung zuzustimmen. Die meisten hatten Angst um den Erhalt ihrer Gebäude und boten als Ersatz Ställe, Dachböden und Wirtschaftsgebäude an. Die Idee einer Bewachung der solcherart untergebrachten Gefangenen durch die Mitglieder von Veteranenvereinen erwies sich schnell als undurchführbar. Wie die Gendarmerie in ihrem Bericht festhielt, gab es in allen überprüften Fällen zuwenig Waffen und oftmals zuwenig Mitglieder bei den Vereinen, ganz abgesehen vom Alter so mancher Veteranen. Letztlich erwiesen sich die fehlenden Einrichtungsgegenstände und besonders die schlechten Verpflegungsmöglichkeiten als zusätzliches Hindernis.⁶ Auf Grund der beschriebenen Probleme kam diese Form der Anhaltung nicht zur Ausführung, und die Suche nach Standorten für Barackenlager wurde vorangetrieben.

Einfacher gestaltete sich die Anmietung von Räumlichkeiten für die Unterbringung von Offizieren, gab es doch in der Steiermark auf Grund des militärischen Zeitgeschehens einen Mangel an Kurgästen sowie an Erholungsuchenden und somit genügend freie Gasthöfe, Hotels und Pensionen. Bei dieser Lösung mußte nicht mit dem Widerstand der Besitzer gerechnet werden, da diese gerne bereit waren, in Ermangelung an Gästen Gefangene aufzunehmen. Die Kosten der Unterbringung wurden entsprechend vergütet, und so war es den Besitzern der ausgewählten Gebäude möglich, ihre kriegsbedingten Verluste wettzumachen. Es war daher kaum verwunderlich, daß viele Betriebe sich direkt an das Kriegsministerium wandten, um in den Genuß gefangener Feinde als Gäste zu kommen. Die Angebote, welche das Ministerium erreichten, beinhalteten Ansichtskarten der Quartiere und oftmals sogar Speisekarten.

Die angebotenen Objekte wurden durch eine Kommission genau geprüft. Man wollte sicherstellen, daß die Unterbringung nicht nur aus Gewinnstreben erfolgte, sondern auch eine entsprechende Leistung geboten wurde. Ein Beispiel für einen aus diesem Grund abschlägig erteilten Bescheid ist das „Alpenhotel“ in Fölz bei Aflenz. Dort hatte die Prüfung ergeben, daß das angebotene Gebäude nicht winterfest war. Ein Zustand, der durchaus behebbar gewesen wäre, jedoch verwies der Prüfer bei Einschätzung der Sachlage vor Ort auf seinen Eindruck, daß Pächter und Haushälterin scheinbar nur auf Gewinn aus wären und den gestellten Anforderungen wohl kaum gewachsen seien und daher um eine einwandfreie Versorgung der Offiziere gefürchtet werden müsse.⁷ Bei derartigen Begutachtungen wurden auch die Interessen österreichischer Offiziere berücksichtigt. Von einer Einquartierung russischer Gefangener in Hofgastein, in den Kurhäusern „Germania“ und „Krimmlerhof“, wurde Abstand genommen, da dort in der Wintersaison eigene Offiziere zu weilen pflegten.⁸

Unter den russischen Offizieren, welche in der Folge in Seckau, in der Villa „Oppan“ und dem Gasthof „Zum Hofwirt“, untergebracht waren, befanden sich als ranghöchste Gefangene zwei Generäle.⁹ Im Februar des Jahres 1915 war die Zahl der gefangenen Offiziere in den beiden Häusern bereits auf 51 angestiegen.¹⁰ Zwar wurden die Gefangenen in ihren Quartieren bewacht, doch hatten sie eine größere

² Gironcoli, Begegnung zweier Überlebender, in: Grasmug R., 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984.

³ Irene Mylius, Kriegszeit in Sachendorf, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 248–259.

⁴ Streeruwitz Ernst v., Springflut über Österreich. Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit. 1914–1929. Wien–Leipzig 1937, S. 103.

⁵ Stmk. Landesarchiv, Statthalterei Präs. 1914, E 91–2415, Deckblatt.

⁶ Ebd., S. 3–10.

⁷ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1914, Abt. 10–2/118.41.

⁸ Ebd., 2/118.42.

⁹ Murtaler Zeitung, Nr. 50, 13. Dezember 1914, S. 4.

¹⁰ Ebd., Nr. 6, 7. Februar 1915, S. 5.

blieb schließlich nur der Wunsch nach Einplanung von Waschräumen für alle Baracken.¹⁵

Gegen die Person des Otto Zeilinger stellte sich die Statthalterei, indem sie in einer vertraulichen Mitteilung an das Kriegsministerium auf seine Handelsbeziehungen mit Rußland hinwies und solcherart die Loyalität des Geschäftsmannes in Zweifel stellte. Gleichzeitig schlug sie als alternativen Standort einen ehemaligen Artillerieexerzierplatz bei Vogau im Bezirk Leibnitz vor. Bei einer bereits erfolgten öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten hatten sich bereits 21 Interessenten gemeldet.¹⁶

Das Ministerium teilte jedoch die Bedenken der Statthalterei nicht, und am 30. September wurde der Vertrag zwischen Zeilinger und dem Militärkommando unterzeichnet. Der Quadratmeterpreis für die verbaute Fläche wurde auf 19,60 Kronen gesenkt, doch forderte der Unternehmer einen Vorschuß von 50.000 Kronen. Dies machte niemanden mißtrauisch, da Zeilinger eine gute Begründung für die Vorauszahlung angeben konnte – den kriegsbedingten Mangel an Investitionskapital. Das böse Erwachen für die Militärbauleitung sollte jedoch bald folgen. Der Vertrag sah die Errichtung von 20 Holzbaracken bis zum 20. Oktober desselben Jahres vor. Die Vertragsdauer wurde auf acht Jahre ausgedehnt, und Zeilinger erhielt nach Kriegsende das Vorkaufsrecht auf alle von ihm erbauten Gebäude. Für die Lagerarbeiten wurden ihm Kriegsgefangene in Aussicht gestellt.¹⁷ Die vorläufige Lagerfläche betrug 12,88 Hektar, für die der Geschäftsmann 3092 Kronen jährlich an Pacht von der Heeresverwaltung erhielt.

Für Zeilinger war der Vertragsabschluß ein sehr gutes Geschäft, weniger erfreut war der Gemeinderat von Knittelfeld, welcher über die laufenden Verhandlungen nicht informiert worden war und vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Erst in einer Gemeinderatssitzung am 1. Oktober beschäftigten sich die Gemeindevertreter mit dem bereits laufenden Projekt, welches auch unter der Bevölkerung für einigen Unmut sorgte. Da man keine Möglichkeit mehr hatte, die Entscheidung rückgängig zu machen, setzten die Gemeindevertreter auf Zeitgewinn und versuchten, durch Eingaben bei der Statthalterei, dem Militärkommando in Graz und dem Kriegsministerium in Wien wenigstens auf die weitere Entwicklung des Projektes Einfluß zu nehmen. Eine Abordnung unter Bürgermeister Josef Fischer sprach sogar beim Statthalter vor. Besondere Bedenken machte man gegenüber den sanitären Einrichtungen des Lagers geltend. Es gelang schließlich, den Behörden die Zusage abzurufen, daß nur gesunde Kriegsgefangene, also Gefangene, die sich bereits länger in österreichisch-ungarischer Gefangenschaft befanden, nach Knittelfeld überstellt würden. Weiters wurde der Gemeinde die Schaffung einer eigenen Begräbnisstätte für im Lager verstorbene Gefangene zugesagt.¹⁸

Der nun in Angriff genommene Lagerbau wurde auf der einen Seite durch den Sachendorfer Weg, im Norden und Westen von der Gaaler Straße begrenzt. In Richtung Knittelfeld bildete das in etwa 200 Meter vom Lager entfernt liegende Krankenhaus der Stadt die Grenze. Bereits vor Beendigung des ersten Bauabschnittes wurde Anfang Oktober der Unterbringungsbedarf auf 10.000 Gefangene angehoben. Bis Mitte des Monats hatte sich der Platzbedarf bereits auf 20.000 Mann ver-

doppelt.¹⁹ Für die Erweiterung des Lagers mußte zusätzliches Land gepachtet werden. Wiederum kam Zeilinger zum Zug, weitere neun Hektar Grund aus seinem Besitz wurden ebenfalls gepachtet. Mit 22,16 Hektar an Zeilingerschen Wiesen, welche von der Lagerbauleitung gemietet wurden, waren letztlich 25 Prozent des gesamten Barackenlagers auf Grundstücken des Sensenfabrikanten errichtet worden. Bis Kriegsende hatte sich der Lagerbereich mit allen Nebenbauten auf eine Gesamtfläche von 91,4 Hektar ausgedehnt.²⁰ Nicht immer ging der Erwerb von neuer Grundfläche ohne Probleme vonstatten. In solchen Fällen mußte die Bezirkshauptmannschaft einen Sachverständigenbeschluß nach Paragraph 19 des Kriegsleistungsgesetzes erlassen, um einen entsprechenden Pachtpreis festzulegen.

Zur Ausführung seines Auftrages stellte Zeilinger über hundert Arbeiter aus der Umgebung des Lagerstandortes ein. Vier Tage vor dem Fertigstellungstermin, dem 20. Oktober, traf Oberst Weingraber, der erste Lagerkommandant, mit einigen Offizieren und 76 Mann Lagerwache sowie dem 4. Wiener Landsturmabteilung ein.²¹ Weingraber war speziell für dieses Kommando wieder in Dienst gestellt worden, da er sich seit 1912 im Ruhestand befunden hatte.²² Am 23. Oktober war es soweit; die ersten 600 russischen Gefangenen trafen mit der Bahn ein. Für die Bürger von Knittelfeld war dies eine Sensation, die sich niemand entgehen lassen wollte, und viele Neugierige versammelten sich trotz später Stunde auf dem Bahnhof der Stadt. Mitten in der Nacht zog eine imposante Menschenschlange zum Barackenlager. In der Mitte der Marschkolonnen gingen die Gefangenen, eskortiert von der Wachmannschaft, neben der die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr von Knittelfeld als Fackelträger einhergingen. Begleitet wurde der Zug von Hunderten neugierigen Menschen, welche die Gelegenheit nützen wollten, endlich den Feind aus der Nähe zu sehen.²³ Nach fünftägiger Quarantäne mußten die Gefangenen beim Lagerbau mitangreifen. Täglich trafen ab diesem Zeitpunkt weitere Gefangene ein, bis schließlich am 15. Dezember ein Gefangenenstand von knapp an die 20.000 Soldaten erreicht war. Entgegen der zuvor erteilten Zusage durch die verantwortliche Behörde kamen die neuen Gefangenen alle direkt von der Front.

Anfang Dezember stellte sich plötzlich der wahre Grund für die von Zeilinger geforderte Vorauszahlung von 50.000 Kronen heraus. Der Industrielle befand sich seit geraumer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten. Wie sich herausstellte, schuldete er der Zentralbank der Deutschen Sparkasse, Zweigstelle Graz, den Betrag von 241.000 Kronen. Für die Militärbauleitung erwies sich diese Sachlage als äußerst unangenehm, da ihr Vertragspartner Zeilinger der Schuldentilgung nicht nachgekommen und von den Gläubigern ein Antrag auf Exekution eingebracht worden war. Dies betraf nun unmittelbar die Interessen des Lagers, denn die Verantwortlichen befürchteten auch eine Pfändung bereits fertiggestellter Baracken und der Holzvorräte. Ebenso war die von Zeilinger übernommene Versorgung der Kriegsgefangenen gefährdet. Als nachlässig erwies sich nun, daß es für die Übergabe der Baracken in den Besitz des Lagers und die Ausbezahlung der Kaufsumme kein Übernahmeprotokoll gab, da beides formlos durchgeführt worden war. Diesem Problem wurde durch nachträgliche Protokollierung Abhilfe geschaffen.²⁴ Die Situation spitzte sich zu, als

¹⁵ Ebd., 13. September u. 15. September 1914.

¹⁶ Ebd., 3 46/3.4.

¹⁷ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Karton SD 1/153.

¹⁸ Murtaler Zeitung, Nr. 41, 11. Oktober 1914, S. 5.

¹⁹ Stmk. Landesarchiv, Statthalterei Präs. 1914, Abt. 5 b–2320.

²⁰ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1918, Abt. 8HB 19-16/2.23.

²¹ Gendarmeriechronik Posten Knittelfeld.

²² Murtaler Zeitung, Nr. 44, 1. November 1914, S. 4.

²³ Gendarmeriechronik Posten Knittelfeld u. Obersteierblatt. Politische Zeitschrift für Stadt und Land, Nr. 86, 28. Oktober 1914, S. 4.

²⁴ Stmk. Landesarchiv, Finanzprokuratur Graz 1914, 13860.

das Bezirksgericht Knittelfeld dem Pfändungsantrag der klagenden Partei nachkam und alle Forderungen Zeilingers gegenüber dem k. u. k. Ärar in der Höhe der ausstehenden Summe dem Kläger zugestand. Von seiten des Militärs versuchte man, durch Antrag bei Gericht eine Aufhebung des Exekutionstitels zu erwirken. Dieser Versuch erwies sich jedoch als Fehleinschätzung der Situation, da durch den Zwangsverwalter festgestellt wurde, daß er die Fortführung der Gefangenenversorgung im Falle eines Aussetzens des Gerichtsbeschlusses, dann in seiner Eigenschaft als Geschäftsaufseher des Zeilingerschen Betriebes, wegen mangelnder Rendite nicht fortführen könne. Schließlich einigten sich die Finanzprokurator und die Militärbauleitung mit dem Gläubigervertreter Dr. Rintelen auf eine Herauslösung der Gefangenenverpflegung aus der Exekution bei gleichzeitiger Überweisung der Gelder aus dem Barackenbau an die Gläubigerbank.²⁵

Dieser unangenehme Zwischenfall hinderte die Militärbauleitung nicht daran, weiterhin mit Zeilinger Geschäfte zu machen. Dieser wußte immer wieder Angebote zu unterbreiten, welche auch für die Bauleitung von Nutzen waren. Nebenbei erhielt er die Konzession für den Betrieb einiger Kantinen im Lagerbereich und vermietete dem Militär eine Lagerhalle in der Nähe des Bahnhofgeländes. Zeilinger pflegte gute Kontakte zu allen Offizieren des Lagers, und in dem sich so herausbildenden geselligen Kreis soll so mancher Bestand an Zigaretten und Alkohol aus Heeresbeständen aufgegangen sein.²⁶ Die Gerüchte um seine Armeekontakte kamen bis Kriegsende nicht zur Ruhe. 1918 warf ihm die Zeitschrift „Arbeiterwille“ vor, Holz im Militärholzlager Knittelfeld geborgt zu haben, um privaten Lieferverpflichtungen nachkommen zu können, er sei dann aber nicht mehr in der Lage gewesen, das geliehene Holz der Bauleitung zurückzuerstatten.²⁷

Zu Weihnachten 1914 bestand neben der Stadt Knittelfeld eine weitere, größere – das Gefangenenlager. In Knittelfeld lebten zu diesem Zeitpunkt 10.000 Menschen, nur halb so viele wie im benachbarten Lager. Dennoch herrschte unter der Bevölkerung keine Angst. Vielmehr suchten die Menschen der Umgebung den Kontakt zu den Russen. Einige der Gefangenen sprachen Deutsch, was die Kontaktaufnahme erleichterte.²⁸ Gefangene und Bevölkerung entwickelten sogar einen kleinen Tauschhandel durch den Lagerzaun. Tabak, Ausrüstungsgegenstände und Brot wechselten unter den Augen der Wachmannschaft den Besitzer.²⁹ Dies war unter anderem möglich, da man aus Kostengründen von der Errichtung eines elektrischen Zaunes Abstand genommen hatte.³⁰ Erst ein Brotmangel in Knittelfeld ließ wieder Unmut gegen das Lager aufkommen. Den Bäckern der Stadt war die Aufgabe zugefallen, neben der Versorgung der Bürger auch das Gefangenenlager mit Brot zu beliefern, was eine Steigerung der täglich zu erzeugenden Brotmenge auf das Dreifache gegenüber der Vorkriegszeit bedeutete. Dieser Anforderung waren sie nicht gewachsen. Weiters

²⁵ Ebd., 14158.

²⁶ Irene Mylius, Kriegszeit in Sachendorf, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 253. Die Erinnerungen der Irene Mylius müssen bezüglich ihrer Aussagen über das Verhalten der Militärs in Knittelfeld vorsichtig bewertet werden, da sie selbst von Zwangsmaßnahmen betroffen war und nach Kriegsende einen längeren Rechtsstreit mit dem Land, bezüglich Militärangelegenheiten aus der Kriegszeit, führte. Über diese Angelegenheit existieren zwei Faszikel der Finanzprokurator Graz im Stmk. Landesarchiv.

²⁷ Arbeiterwille, 9. Mai 1918, S. 6.

²⁸ Murtaler Zeitung, Nr. 49, 6. Dezember 1914, S. 5.

²⁹ Irene Mylius, Kriegszeit in Sachendorf, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 251.

³⁰ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/1.29; gilt ebenfalls für das Lager Feldbach.

verschärft wurde die Situation durch den Umstand, daß die Gefangenen genügend Geld besaßen, um zusätzlich Lebensmittel zu kaufen.³¹ Um die Unruhe in der Bevölkerung zu besänftigen, wurden drei Feldbäckereien eingerichtet, die zusammen täglich 36.000 Portionen Brot backen konnten.³² Den Handel durch den Lagerzaun versuchte die Lagerleitung zu unterbinden, indem sie rund um den Lagerbereich eine Zone, welche von Zivilisten nicht betreten werden durfte, einrichtete. Zur Verstärkung der Wachmannschaft und der Kontrolle des Geschehens rund um die Kriegsgefangenen wurde beim Lager ein eigener Gendarmerieposten mit einem Mannschaftsstand von 20 Beamten eingerichtet.³³

Die Entscheidung des Kriegsministeriums, das Lager vorläufig nicht weiter mit Gefangenen zu beschicken, erwies sich als umsichtig. Bereits zum Jahreswechsel traten die ersten Krankheitsfälle auf. Die Lagererweiterung hatte mit der rasanten Zunahme des Mannschaftsstandes nicht mithalten können. Teilweise waren bis zu 600 Gefangene in Baracken untergebracht, deren Konstruktion auf durchschnittlich 400 Bewohner ausgelegt war.³⁴ Unter solchen hygienischen Bedingungen war es kaum verwunderlich, daß zahlreiche Krankheitsfälle von Cholera Asiatica, Flecktyphus und Blattern auftraten. Gegen letztere Erkrankung reagierte man sofort mit einer Impfkation. Der dichte Belag der Unterkunftsbarracken machte eine gründliche Reinigung derselben fast unmöglich. Als Notprogramm ermächtigte daher das Kriegsministerium die Bauleitung, das Lager umgehendst zu vergrößern und die Mannschaftszahlen der einzelnen Baracken zu verringern. Weiters mußten für zehn Prozent des Mannschaftsbelages, also für 2000 Soldaten, Krankenbaracken eingerichtet werden. Eine Vorschrift, die zum Standard für Gefangenenlager wurde. Als weitere Maßnahme zur Krankheitseindämmung ordnete Wien den Bau einer Kanalisation und die Installation von Bade- und Desinfektionsanstalten an. Diese baulichen Maßnahmen durfte die Bauleitung ohne Rücksprache mit dem Ministerium, nur gegen Berichterstattung und Kostenbekanntgabe, durchführen.³⁵ Unnötige bürokratische Schritte sollten die dringend notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene im Interesse der Gefangenen nicht verzögern.

Damit die städtische Kanalisation nicht überlastet würde, errichtete die Bauleitung zwischen Bergungsstelle und Barackenlager eine Kläranlage. Die geklärten Abwässer leitete ein weiterer Kanal in die Mur. Zur Vermeidung einer Verunreinigung der Lagerbrunnen gestattete die Lagerleitung dem an den Lagerteil „A“ angrenzenden Landesaltenheim den Anschluß seiner Abwasserleitungen an das Kanalnetz des Lagers.

Im März 1915 legte eine Kommission vor Ort die weitere Vorgangsweise zur Verbesserung der Unterbringungssituation der Gefangenen fest. Die Bewohner des Lagerteiles „A“ wurden in den neu zugebauten Teil „D“ übersiedelt, und bei dieser Gelegenheit mußten sich die Gefangenen gründlichst waschen, wurden anschließend einer Desinfektion unterzogen und neu eingekleidet. Nach ihrer Übersiedlung in die neuen Baracken unterzog man die alten Gebäude einer Grundreinigung. Die belegten Infektionsbaracken mußten mit Waschbecken und Kübeln ausgestattet werden, und für die Pfleger bestellte die Lagerleitung Schutzanzüge. Um den Gesundheitszustand der Gefangenen zu verbessern und ihre Widerstandskraft gegen Krankheiten zu

³¹ Murtaler Zeitung, Nr. 50, 13. Dezember 1914, S. 4.

³² Tagespost, 14. März 1915, S. 11 f.

³³ Murtaler Zeitung, Nr. 52, 25. Dezember 1914, S. 3.

³⁴ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.78.

³⁵ Ebd., 19 13/1.4.5.



Abb. 1: Russische Gefangene bei der Toilette, Lager Knittelfeld (Ö/U Rotes Kreuz).

erhöhen, schlug die Kommission deren verstärkten Einsatz in der Landwirtschaft vor.³⁶ Darüber hinaus berichtete Dr. Schattenfroh, ein Mitglied der Lagerkommission, in einem zusätzlichen Bericht über seine Eindrücke im Lager. Er stellte fest, daß der alte, von Zeilinger erbaute Lagerteil zu eng angelegt war. Die allgemeine Sauberkeit des Lagers befand er als zufriedenstellend. Da für die Gefangenen zu wenig Wäsche vorhanden war, seien nicht alle gleich gepflegt gewesen. Verlaunungen kämen regelmäßig vor, wurden aber sofort entsprechend bekämpft. Für die medizinische Versorgung der Lagerinsassen stand neben drei Militärärzten ein russischer Arzt zur Verfügung; ein weiterer Arzt war infolge der Epidemie an Flecktyphus gestorben.³⁷ Bereits einen Monat zuvor, im Februar, hatte das Kriegsministerium angeregt, den Ärzten des Lagers eine feldmäßige Zulage insbesondere bei der Verpflegung zu gewähren, da die Gefahren denen an der Front entsprachen und so ihre Motivation erhöht werden könnte.³⁸

Obwohl an vielen Plätzen in der Monarchie neue Kriegsgefangenenlager entstanden, sah sich das Kriegsministerium gezwungen, weitere 7000 Gefangene nach Knittelfeld zu überweisen, nicht ohne sich zuerst von der Durchführbarkeit einer weiteren Einquartierung zu vergewissern, hatte man das Lager doch erst wenige Monate zuvor überlastet.³⁹ Da die Lagerleitung die Einquartierung für möglich hielt, erreichte nun der Lagerstand eine Höhe von 26.000 Gefangenen. Dies war der Höchststand an Kriegsgefangenen in Knittelfeld.

³⁶ Ebd., 19 13/2.51.

³⁷ Ebd., Abt. 14-43 3/59.

³⁸ Ebd., Abt. 11-6 42/8.

³⁹ Ebd., Abt. 8HB-19 13/2.78.



Abb. 2: Paketverteilung im Lager Lebring (Ö/U Rotes Kreuz).

Entsprechend dem Haager Abkommen hatten alle Gefangenen das Recht auf Briefkontakt mit ihrer Heimat. Um die Unmenge an abgehenden und eintreffenden Brief- und Paktsendungen ordnungsgemäß bearbeiten zu können, mußte ein eigenes Lagerpostamt eingerichtet werden. Derartige Postämter gab es in allen steirischen Gefangenenlagern.

Neben Arbeiten außerhalb des Lagers, 700 Gefangene arbeiteten rund um Knittelfeld in der Landwirtschaft, gab es auch innerhalb des Lagers im täglichen Lagerbetrieb Beschäftigungsmöglichkeiten. Die wichtigste Einrichtung war die Lagerfeuerwehr, welcher 171 Russen angehörten. Des öfteren brachen im Barackenlager durch Unachtsamkeit verursachte Brände aus. Die dichte Verbauung eines Teils des Gefangenenlagers verschärfte im Brandfall die Gefahr eines Übergreifens der Flammen auf benachbarte Gebäude. Oftmals mußte die freiwillige Feuerwehr der nahen Stadt ihren Kollegen im Lager zu Hilfe eilen, und man löschte gemeinsam das Feuer.⁴⁰

3.2. Die Umgestaltung des Lagers

Mit der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn im Mai 1915 veränderte sich die Situation für das Kriegsgefangenenlager völlig. Aus bereits eingangs beschriebenen taktischen Gründen waren die steirischen Kriegsgefangenenlager zu nahe am neuen Kriegsschauplatz, und daher sah sich das Kriegsministerium veranlaßt, eine Evakuierung des Großteils der in steirischen Lagern untergebrachten

⁴⁰ Murtaler Zeitung, Nr. 3, 17. Jänner 1915; Nr. 12, 19. März 1915; Nr. 25, 20. Juni 1915; Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.19 u. 13/2.24.

Kriegsgefangenen anzuordnen. Im Gegenzug waren die Lagerbereiche für eine neue Aufgabe bestens gelegen und hatten bereits eine entsprechende Infrastruktur, auf welche zurückgegriffen werden konnte. Man entschloß sich, die beiden größten Barackenlager des Kronlandes, Knittelfeld und Feldbach, zu Militärspitälern und Werkstättenbetrieben für die nahe Front umzubauen.

Ursprünglich sollten nur 1000 Gefangene in Knittelfeld zurückbleiben, die restlichen in einem siebentägigen Fußmarsch in das Gefangenenlager Hart überstellt werden. Dieser Plan wurde jedoch fallengelassen, und der Abtransport begann am 3. Juni mittels Eisenbahn in die Lager Freistadt und Marchtrenk.⁴¹

Nun begann eine neue Phase in der Geschichte des Lagers. Ab diesem Zeitpunkt kann eigentlich nicht mehr von einem Kriegsgefangenenlager im eigentlichen Sinn gesprochen werden, da durch die Umgestaltung zu einem Spitals- und Werkstättenbetrieb eine entsprechend große Anzahl an Zivilisten und kaiserlichem Militärpersonal im Lager arbeitete und untergebracht war.

Der Umbau begann mit dem zuletzt erbauten Lagerteil „D“, da dieser im Sommer bezogen worden und noch nicht wintertauglich war, somit seine Adaptierung vordringlich schien. Bei den Umbauarbeiten stattete man die Baracken dieser Lagergruppe zusätzlich mit Warmwasserheizungen aus. Dann folgte der Umbau der anderen Lagerabschnitte.⁴² Die ärztliche Leitung des Lagerspitals wurde dem Grazer Universitätsprofessor Dr. Arnold Wittek übertragen, der gleichzeitig als Chef der Chirurgengruppe fungierte. Besonders wichtig für viele seiner Patienten im Lager war eines seiner Spezialgebiete, die Anpassung von Prothesen.⁴³ Auf seine Anregung hin wurde das „Russenspital“ vom Lagerbereich „D“ wieder zurück in den Teil „A“ verlegt. Dort befanden sich nach wie vor Kriegsgefangenenbaracken, hingegen im Teil „D“ keine. In sieben Baracken für kranke Russen konnten nach einer weiteren baulichen Veränderung ca. 400 Mann behandelt werden. Chefarzt und Verwaltungsoffizier des Gefangenenspitals war Oberarzt Bernstein, ihm zur Seite stand ein russischer Regimentsarzt. Den höchsten Stand an Patienten konnte ich mit 306 Bettlägerigen und 105 Ambulanten nachweisen.⁴⁴ Durch die Umquartierung wurden die Gefangenen besser zusammengefaßt. Baracken für Gefangene bestanden nach dem Umbau nur noch in den Lagerabschnitten „A“ und „B“. Die Anzahl der Kriegsgefangenen wurde Ende 1916 mit 4600 festgesetzt.⁴⁵ Durch die Umgestaltung für die neuen Aufgaben verringerte sich die mögliche Unterbringungskapazität von 27.000 auf 20.000 Gefangene. Diese Zahl konnte jedoch nur bei völliger Ausschöpfung aller verfügbaren Kapazitäten und nicht ohne Beeinträchtigung von anderen Lageraufgaben erreicht werden. Eine Möglichkeit, von der die Militärverwaltung bis Kriegsende aber keinen Gebrauch machte. Zwei Drittel des Lagers waren für Spitalszwecke reserviert. 5000 Verwundete und Kranke und noch einmal 800 in der Infektionsgruppe konnten gleichzeitig untergebracht und betreut werden.⁴⁶ Insgesamt gab es im Lager 63 Spitalsbaracken, davon einige für spezielle Erkrankungen. Vier Baracken waren für Malariaerkrankungen, drei für Lungenkranke und zwei für venerische Erkrankungen vorgesehen. Gleichzeitig mit dem Abzug eines Großteils der Gefangenen aus Knittelfeld wurden auch die russischen Offiziere in

⁴¹ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Präs. 1915, 99 22/1.2.

⁴² Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-63 24/207.

⁴³ Ebd., Abt. 14-68 2/254.8.

⁴⁴ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Ma. 15-59 36/29.

⁴⁵ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-37 2/48.40.

⁴⁶ Kriegsarchiv, Kriegsministerium – SR, Karton 105, Orientierungsbehelf über die Kriegsgefangenenlager.

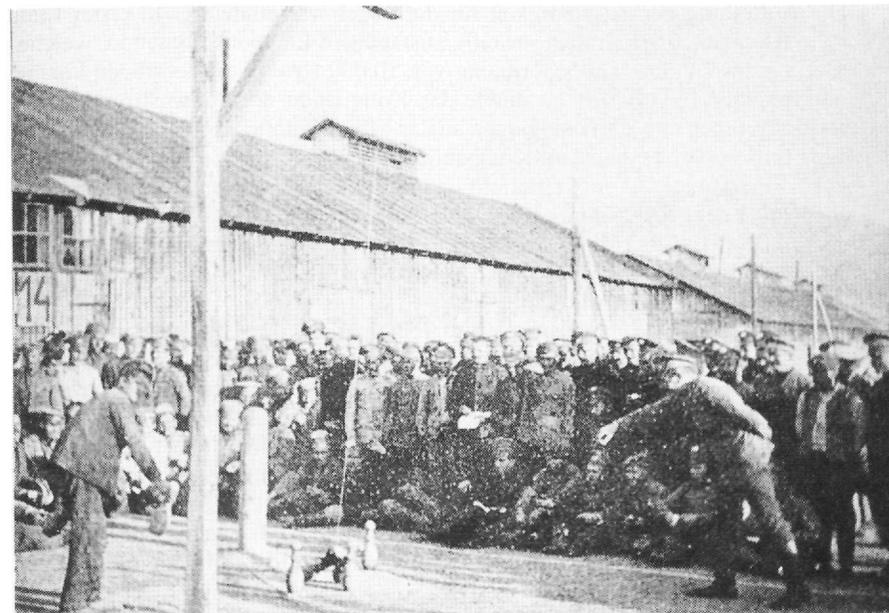


Abb. 3: Russische Gefangene beim Kegelspiel, Lager Knittelfeld (Ö/U Rotes Kreuz).

Wasserberg delogiert, und an ihrer Stelle zogen verwundete österreichische Offiziere im Schloß ein.

Die ersten Patienten für das Lagerspital kamen aus der näheren Umgebung. Durch das große Lagerkrankenhaus waren die Reservespitäler des Roten Kreuzes in Knittelfeld, Leoben, Donawitz und Öblarn überflüssig geworden und wurden daher angewiesen, ihre Patienten in das Lager zu überweisen. Das Spitalspersonal aus Donawitz wurde in das neue Lagerspital in Feldbach übersiedelt.⁴⁷

Während der Arbeiten für den Umbau kamen Gerüchte über Unregelmäßigkeiten bei der Finanzgebarung der Bauleitung auf. Demnach sollten die projektierten Kosten von 3,3 Millionen Kronen bereits auf 8 Millionen angewachsen sein.⁴⁸ General Carossa, der mit der Oberleitung der Kriegsgefangenenbauten betraut war, vertrat die Ansicht, daß es sich bei dem Lager in Knittelfeld um das teuerste der Monarchie handelte. In seinem Bericht führte er einige Gründe für diese Entwicklung an. Oftmals waren ohne Vorliegen von Weisungen und Genehmigungen Maßnahmen gesetzt worden. Auf Antrag des Lagerkommandanten Oberst Hofbauer wurde die Errichtung eines überdachten und beheizten Schwimmbeckens beschlossen, was sich mit einem Betrag von 100.000 Kronen zu Buche schlug, und die Verwaltungsbaracken stattete man mit Zentralheizungen aus. Weiters gab es für viele Aufträge keine Ausschreibungen und bei Auftragserteilung keine Preisvereinbarungen. Zwar erwies sich die vermutete Bausumme als zu hoch, dennoch wurden nach Berechnungen des Generals fast 7 Millionen Kronen verbaut. Auf dem Konto von Otto Zeilinger gingen von diesem Betrag 1,4 Millionen ein.⁴⁹

⁴⁷ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 14-30 160/2.

⁴⁸ Ebd., Abt. 8HB-19 13/2.82.

⁴⁹ Ebd., 19 13/2.161.

Die Aufteilung der Zuständigkeit für die Lager war eindeutig. In erster Linie oblag die Kommandogewalt dem jeweilig zuständigen Etappenkommando, welches über Beträge bis zu einer Größenordnung von 10.000 Kronen frei verfügen konnte. Geldbeträge über 10.000 Kronen mußte das Kommando der Südwestfront genehmigen. Rechnungen und Berichte gingen an das Militärkommando in Graz. Die Bauleitungen selbst unterstanden dem Kriegsministerium.⁵⁰

Die Militärbauleitung in Knittelfeld ließ diese Vorwürfe nicht auf sich beruhen und übersandte dem Kriegsministerium eine Entgegnung. Diesem Versuch der Bauleitung, ihre Vorgangsweise zu rechtfertigen, verdanken wir heute eine große Anzahl an erhalten gebliebenen Barackenplänen, welche dem Bericht an die Abteilung 8HB des Ministeriums beigelegt wurden.⁵¹

Die verbliebenen Gefangenen wurden größtenteils in den Lagerwerkstätten eingesetzt. Zeitweilig gab die Lagerverwaltung auch Arbeitskräfte an die Landwirtschaft ab oder Gefangene arbeiteten bei der Holzaufbringung für das lagereigene Sägewerk. Die Staatsbahnwerkstätten in Knittelfeld erhielten ebenfalls regelmäßig Kriegsgefangene des Lagers zugewiesen. Die Werkstättenbetriebe befanden sich ausschließlich in den Lagerteilen „A“ und „B“, wo sich die nach dem Umbau übriggebliebenen Gefangenenbaracken befanden. Der Schwerpunkt der Produktion lag in der Holzverarbeitung. Neben einem Sägewerk bestanden drei Tischlereien und zwei Zimmereien. Zwei Schmieden, vier Werkstätten, eine Schlosserei und eine Binderei ergänzten die Produktion.⁵²

Viele der Erzeugnisse des Lagers waren für die Südwestfront bestimmt. Die Produktpalette war vielfältigst und ausnahmslos für die Armee bestimmt. Man fertigte u. a. Bettmatten, Schanzkörbe, Liegestühle, Schneepflüge, Zugschlitten, Holzeimer, Getränkefäßchen, Munitionskisten, Fuhrwerke, Schießscheiben und Bretter für andere Militärbetriebe.⁵³ Der Barackenbau war nicht so ausgeprägt und leistungsstark wie jener des Lagers Feldbach. Auf Grund der Größe des Werkstättenbetriebes in Feldbach und da gegen Kriegsende ein Teil der Produktion von Knittelfeld nach Feldbach verlegt wurde, kann angenommen werden, daß der Feldbacher Betrieb leistungskräftiger war als jener in Knittelfeld.

Einen Großteil ihres Holzbedarfes deckte die Bauleitung durch Einkäufe bei den Landesforsten im Ennstal. Sie konnte den Landesausschuß für Steiermark dazu bewegen, die Landesforstverwaltung St. Gallen anzuweisen, Holz weder an Zivilisten noch an Unterbehörden zu verkaufen, sondern nur dem Lager Knittelfeld anzubieten. Im Bereich St. Gallen standen zwei Großsägen, eine in Großreifling und eine in Admont, zur Holzbearbeitung zur Verfügung. Innerhalb der Jahre 1916 und 1917 bezog die Lagerwerkstatt ca. 10.000 Festmeter Holz im Wert von über 400.000 Kronen von den Landesforsten.⁵⁴ Im Herbst 1918 sah sich die Militärbauleitung in Knittelfeld außerstande, die Barackenproduktion fortzuführen, da die benötigten Holz mengen nicht mehr beschafft werden konnten. Daher wurde die Barackenproduktion teilweise aufgelöst und nach Siebenbürgen verlagert. Bis schließlich im September die völlige Einstellung und Verlegung nach Feldbach erfolgte.⁵⁵

⁵⁰ Ebd., 19 13/2.122.

⁵¹ Ebd.

⁵² Nach einem Plan der Militärbauleitung von 1916; Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Bauleitung, Topographische Reihe, Karton Tröpplach-Trofaiaach, Akte Knittelfeld.

⁵³ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 8HB-19 16/2.27.

⁵⁴ Stmk. Landesarchiv, Abt. VIIIb/5 1916-3481.

⁵⁵ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1918, Abt. 8HB-19 16/2.22.

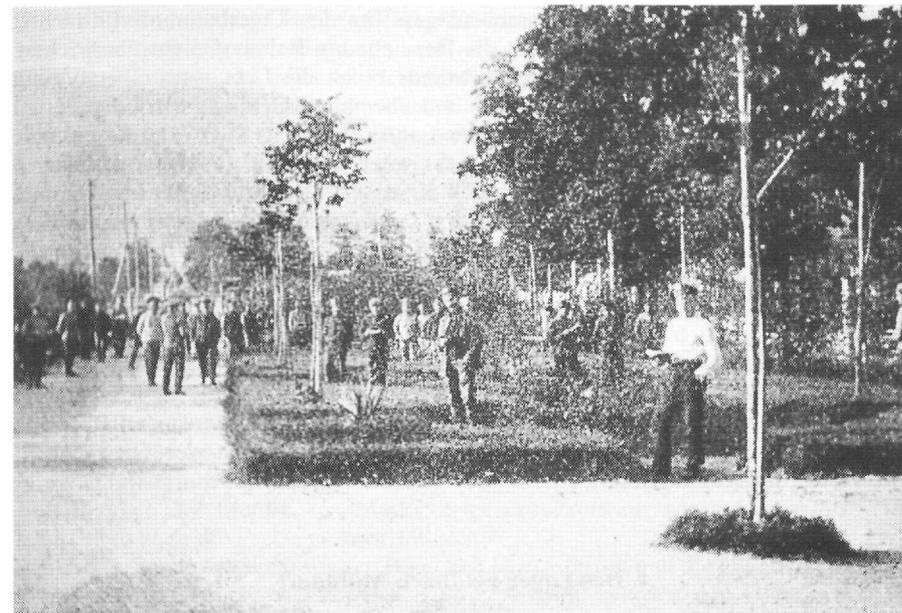


Abb. 4: Gartenanlage vor den Baracken, Lager Knittelfeld (Ö/U Rotes Kreuz).

Mitte des Jahres 1917 reichte die Bauleitung in der Abteilung 8HB des Kriegsministeriums den Vorschlag ein, die bisher nur gepachteten Lagergründe käuflich zu erwerben. Die Überlegungen, welche zu diesem Vorschlag führten, waren wohl-durchdacht. Den Gesamtwert des Lagers inklusive der Einrichtungsgegenstände schätzte man auf über 11 Millionen Kronen. Eine Rückführung der Lagergründe an ihre Besitzer hätte Kosten in der Höhe von 500.000 Kronen und eine Zerstörung von Werten im Bereich von 4 Millionen zur Folge gehabt. Außerdem waren einige Bauten durch ihre massive Bauweise auf eine Lebensdauer von 50 Jahren ausgelegt. Bei einem geschätzten Kaufpreis von einer Krone pro Quadratmeter könnte der Lagerbereich um eine knappe Million erworben werden. Otto Zeilinger hörte diese Überlegungen gerne und unterbreitete der Bauleitung ein eigenes Anbot, durch welches der Kaufpreis auf die dreifache Summe anstieg.⁵⁶ Bis zum Waffenstillstand traf das Ministerium in dieser Angelegenheit jedoch keine Entscheidung.

Als Lagerstraßenbahn fungierte eine Feldbahn,⁵⁷ deren Gleiskörper vom seinerzeitigen Staatsbahnhof zur Bergungsstelle über die Kläranlage und den Holplatz in das Lager führte. Eine weitere Spur führte über die Sachendorfer Gasse, über den Werkskanal zu den Pfannschmiedwiesen, wo sich eine Schottergrube befand. Später verlängerte man die Strecke über die Neue Straße und von dort in Richtung Stadt. Im Lager verlief die Bahn geschickt zwischen den Baracken, so daß ein Verwundetentransport ebenso leicht abgewickelt werden konnte wie ein

⁵⁶ Ebd., 19 16/2.23.

⁵⁷ Feldbahnen sind Bahnanlagen mit einer Spurbreite zwischen 500 bis 900 Millimeter. Für Feldbach läßt sich eine Spurbreite von 600 Millimeter belegen, es ist daher anzunehmen, daß dem auch in Knittelfeld so war.

Materialtransport. Inmitten des Barackenlagers lag der Lagerbahnhof. Betrachtet man die Anlage auf dem Plan, so ist die Bezeichnung Bahnhof nicht übertrieben.

Mit Unterzeichnung des Waffenstillstands brach die Lebensmittelversorgung des Lagers völlig zusammen. Bewacher und ehemalige Gefangene solidarisierten sich und verunsicherten die Umgebung des Lagers.⁵⁸ Bereits kurz nach Kriegsende hatten sich die wenigen verbliebenen Gefangenen und ihre nichtösterreichischen Wächter auf den Heimweg gemacht. 1024 Kriegsgefangene und 600 Österreicher konnten diesen Weg nicht mehr antreten, sie fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem Soldatenfriedhof von Knittelfeld.⁵⁹

Bis 1916 hatte der Lagerbau 9,2 Millionen Kronen verschlungen, von denen der überwiegende Teil durch Aufträge an steirische Betriebe im Kronland blieb. An erster Stelle bezüglich des Lieferumfangs stand die Firma Wahrlich u. Co. in Kindberg, knapp gefolgt von Otto Zeilinger. Acht weitere Unternehmen teilten sich ein Auftragsvolumen von 3,8 Millionen. Nur 200.000 Kronen gingen für Lieferungen außer Landes, nämlich an Ungarn.⁶⁰ Zu den ersten Aufgaben der neuen Republik sollte es nun gehören, das ehemalige Barackenlager einer seinem Wert entsprechenden Verwertung zuzuführen.

4. Das Lager Feldbach-Mühldorf

4.1. Das Kriegsgefangenenlager

Als bereits während der Bauarbeiten in Knittelfeld ersichtlich wurde, daß dieses eine Lager nicht ausreichen würde, um die zu erwartende Anzahl an Kriegsgefangenen aufnehmen zu können, machte sich das Militärkommando Graz auf die Suche nach weiteren Lagerstandorten. Schon im September 1914 trug man sich mit dem Gedanken, im Gebiet um Feldbach einen Lagerstandort zu suchen. Wien bevorzugte das Kronland als Standort für Barackenlager wegen des Holzreichtums und der guten Verpflegungsmöglichkeiten im Land. Als Voraussetzung für einen weiteren Standort verlangte das Militärkommando nach mindestens 40 Hektar unbebauter Fläche. Im Dezember fiel die Entscheidung, zusätzlich zum Lager in Knittelfeld ein weiteres Barackenlager bei Feldbach zu errichten. Das anfängliche Baugelände lag an der Bezirksstraße und erstreckte sich vom Haus Nr. 212 des Robert Trattner bis zum sogenannten Bildbaum. Der Gemeindevorstand sah der Errichtung des Lagers mit gemischten Gefühlen entgegen. Auf der einen Seite stand der positive wirtschaftliche Aspekt für die Region, auf der anderen Seite bestand die Angst vor Infektionskrankheiten.⁶¹

Mit der Durchführung der Bauleitung beauftragte das Militärkommando Hauptmann Felix Schmidt von Kis-Ber. Er brachte bereits einschlägige Erfahrung aus dem Lagerbau für seine neue Aufgabe mit. Neben der Bauaufsicht in Feldbach hatte er bereits die Leitung über den Bau des ungarischen Gefangenenlagers Kenyermezö und die Bauleitung des Internierungslagers Thalerhof bei Graz inne. Daher ersuchte

das Militärkommando Graz, den Hauptmann wenigstens aus seiner Verpflichtung gegenüber dem Lager in Ungarn zu entlassen, da ansonsten seine Ernennung zum Chef der Bauleitung in Feldbach organisatorisch nicht durchführbar wäre.⁶²

Einen Tag vor Heiligabend traf der Hauptmann mit seinem Stab in Feldbach ein und begann am 28. Dezember mit dem Bau des Lagers. Geplant war vorläufig die Errichtung von 120 Baracken.⁶³ Am Tag des Beginns der Bauarbeiten trafen die ersten Gefangenen ein und mußten, da noch keine Baracken aufgestellt waren, im ehemaligen Bürgerheim, der heutigen Volksschule II, untergebracht werden. Weitere russische Gefangene wurden vom Internierungslager bei Graz und dem Lager Knittelfeld zum Lagerbau nach Feldbach abkommandiert.⁶⁴ 40 der zu errichtenden Unterkunftsbaracken waren in der Steiermark, 40 weitere über das Kriegsministerium bestellt worden.⁶⁵

Der Vergabemodus für die Aufträge zur Erzeugung von Baracken führte zu einer Beschwerde der Innung der Zimmerleute. Die ersten Großaufträge hatten Holzhändler mangels einer eigenen Information der Zimmerleute an sich gezogen. Mit hoher Gewinnspanne gaben sie dann die Aufträge an Zimmerleute weiter. Das Kriegsministerium sah in dem Vorwurf der Benachteiligung der Fachkräfte nur die Bemühungen der Innung, ein Monopol im Barackenbau schaffen zu wollen, um schließlich auch die Preise zu kontrollieren.⁶⁶

Mitte Jänner waren die ersten Baracken bezugsfertig, und die ersten Gefangenen konnten untergebracht werden. Nach ihrer Ankunft wurden den Gefangenen die Haare geschnitten, sie wurden desinfiziert und erhielten zwei Garnituren frischer Wäsche. Behalten durften sie nur eine Uhr, den Ehering und Amulette, alle übrigen Wertsachen mußten sie gegen eine Quittung abgeben.⁶⁷ Vielleicht aus Erfahrung, wegen des anfänglichen Tauschhandels rund um das Lager Knittelfeld.

Während der ersten Monate des Jahres 1915 bestand für die nach dem Kriegsleistungsgesetz in Anspruch genommenen Grundstücke noch kein endgültiger Vertrag. Eine Verordnung des Militärkommandos in Graz legte die Pachtbedingungen für die von der Bauleitung abzuschließenden Verträge genau fest. Der vereinbarte Mietzins kam halbjährlich zur Auszahlung, bei einer vorläufigen Vertragsdauer von sechs Jahren, beginnend mit 1. Jänner 1915. In diesem Zeitraum hatte der Vermieter kein Kündigungsrecht, die k. u. k. Heeresverwaltung jedoch ein halbjährliches. Der zu bezahlende Zins wurde nach Kulturgattungen und Bonitätsklassen festgelegt und lag je nachdem zwischen 100 bis 300 Kronen pro 55 Quadratmeter. Im Falle eines ordentlichen Erwerbs der angemieteten Grundstücke wurde der zehnfache Mietzins festgelegt. Der wichtigste Punkt für die betroffenen Grundbesitzer war jener, welcher im Falle, daß die Heeresverwaltung nach Pachtende die von ihr errichteten Bauten und Aufschüttungen nicht beseitigte, einen entsprechenden finanziellen Ersatz garantierte. Auf diesen Vertragspunkt konnten sich die Betroffenen nach Kriegsende berufen. Wege, Entwässerungsbauten und Kanalleitungen wurden nur einmalig abgegolten, da diese Anlagen für die Betroffenen eine Wertsteigerung ihres Grundes bedeuteten. Selbst die Aufstellung von Strommasten wurde mit einer Krone pro Jahr vergütet. Die Grundfläche, auf welcher der sogenannte Russenfriedhof angelegt

⁵⁸ Irene Mylius, *Kriegszeit in Sachendorf*, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 258.

⁵⁹ *Murtaler Zeitung*, Nr. 46, 16. September 1918, S. 4.

⁶⁰ *Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Bauleitung, Topographische Reihe, Karton Tröplach-Trofaiaach, Akte Knittelfeld.*

⁶¹ *Grasmug R., 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984, S. 291.*

⁶² *Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/1.*

⁶³ *Gendarmeriechronik Posten Feldbach.*

⁶⁴ *Grasmug R., 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984, S. 291 f.*

⁶⁵ *Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1914, Abt. 8HB-19 96/16.3.*

⁶⁶ *Ebd., 1915, 19 13/2.57.*

⁶⁷ *Grasmug R., 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984, S. 292.*



Abb. 5: Russen im Lager Feldbach (Joanneum, Bild- u. Tonarchiv, KB 8086).

wurde, war von einer Anmietung ausgenommen und mußte von den Besitzern verkauft werden.⁶⁸

Wie in Knittelfeld wurden auch nach Feldbach ständig neue Kriegsgefangene zugeführt und machten ab Februar, als ein Stand von 32.000 erreicht war, eine Erweiterung des Lagers notwendig. Zusätzlich zur Ausdehnung des Lagers ordnete das Kriegsministerium wie im Lager bei Knittelfeld zur Aufrechterhaltung der sanitären Sicherheit der Gefangenen die Errichtung einer Kanalisation, von Bädern und einer Desinfektionsanstalt an.⁶⁹ Für die Entleerung von Tonnenaborten aus den Baracken und Latrinen gestattete die Bezirkshauptmannschaft Feldbach den Einsturz der Fäkalien in die Raab, was zu heftigsten Protesten der Anrainergemeinden führte, da diese in den Fäkalien von 30.000 Personen eine Gesundheitsgefährdung der Zivilbevölkerung sahen. Ein ärztlicher Sachverständiger bestätigte diesen Standpunkt, jedoch war eine Kompostierung der 40 m³ Flüssigkeit pro Tag unmöglich. Als Notlösung wurden Zementsammelbecken angelegt, in welchen die festen Bestandteile zu Boden sinken konnten, um anschließend kompostiert zu werden, die darüberstehende Flüssigkeit wurde in die Raab geleitet. Zusätzlich durften die Tonnen der Latrinen auf einer Schwemmbrücke an der Raab nur noch außen gereinigt, aber nicht ausgespült werden. Traten Krankheiten auf, wurden die Fäkalien mit Chlorkalk durchsetzt.⁷⁰

Man entschied sich, für die Lagererweiterung ein neues, etwas abseits gelegenes Lager bei Mühlendorf zu erbauen. Diese weitere Ausdehnung des Lagers und der

⁶⁸ Archiv der Republik, Bundesministerium f. Finanzen, Sachdemobilisierung, Faszikel 119-1370/21.

⁶⁹ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/1.5.6.

⁷⁰ Stmk. Landesarchiv, Abt. IV4 1915-10236 u. 16098.

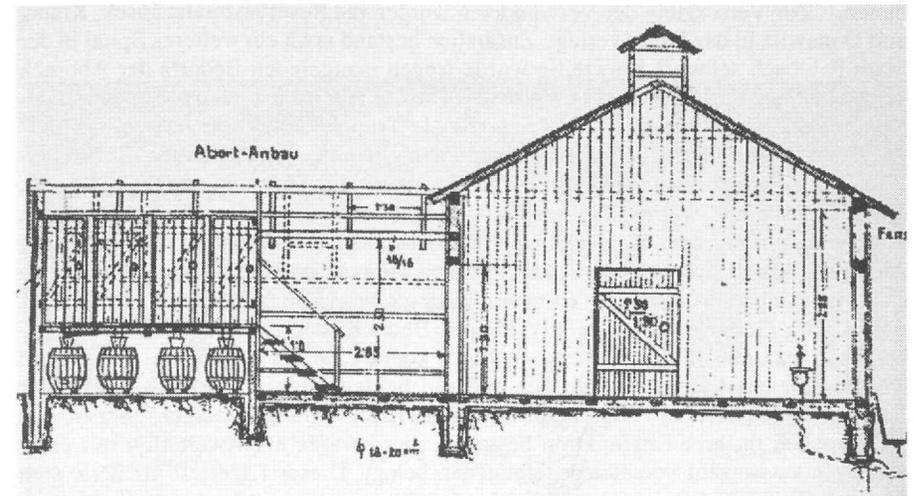


Abb. 6: Tonnenabort einer Spitalsbaracke. Ausschnitt aus den Barackenplänen Knittelfeld (Kriegsarchiv).

Zuschub von zusätzlich 10.000 Gefangenen stieß auf den Protest der Nachbargemeinden, die nun die Grenze des Erträglichen erreicht sahen. Mit der Belegschaft des Nebenlagers war ein Gefangenenstand von 42.000 Soldaten erreicht, ohne Wachpersonal und anderes Personal hinzuzurechnen.⁷¹ Zur gleichen Zeit lebten in Feldbach selbst nur knapp 2000 Einwohner und im ganzen Bezirk nur die doppelte Anzahl von Menschen wie im Lager selbst.⁷² Ein weiterer Ausbau um 20.000 Lagerplätze wurde im Mai durch das Kriegsministerium abgesagt, bis schließlich mit dem Kriegseintritt Italiens jegliche weiteren Baumaßnahmen in allen drei steirischen Lagerstandorten untersagt und der weitere Zuschub von Kriegsgefangenen gestoppt wurde.⁷³

Für russische Offiziere erbaute man in 850 Meter Entfernung vom Lager Mühlendorf das nach seinem Standort benannte Fixellager. Das Offizierslager mußte schon nach kurzer Zeit wegen zahlreicher Fluchtversuche der Russen in ein sicheres Quartier, nämlich nach Schloß Bertholdstein, verlegt werden.⁷⁴

4.2 Die Umgestaltung des Lagers

Gleichzeitig mit Knittelfeld evakuierte man die Kriegsgefangenen und deren Offiziere in andere Lager, nur in diesem Fall nach Ungarn.⁷⁵ Zurück blieben 9800 Gefangene als Arbeitskräfte für die Militärbauleitung.⁷⁶ Der teilweise Umbau in ein Lagerspital, welcher im Juli einsetzte, sollte 7000 Kranken Platz

⁷¹ Gendarmeriechronik Posten Feldbach.

⁷² Hg. k. k. statistische Zentralkommission, Spezialrepertorium von Steiermark. Bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910, Wien 1917.

⁷³ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/1.44-II.

⁷⁴ Ebd., Abt. 14-43 3/46.3.

⁷⁵ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Präs. 1915, 99 22/1.2.

⁷⁶ Gendarmeriechronik Posten Feldbach.

bieten.⁷⁷ Zur Versorgung der Verwundeten wurden die Reservespitäler Pisek, Klatau und Donawitz in das Lager verlegt. Zusätzlich bestand noch ein weiteres Spital in der Stadt Feldbach selbst.⁷⁸ Kurzzeitig wurde wegen mangelnden Bedarfs der Abbruch des Nebenlagers in Mühldorf beschlossen. Dies scheiterte jedoch am Einspruch des Kommandos Graz, welches den Lagerteil als Truppenunterkunft nutzen wollte.⁷⁹

Nach Abschluß der Umgestaltungsarbeiten gliederte sich das Lager 1917 in einzelne Lagerbereiche unterschiedlicher Verwendung. Im Südosten des Stammlagers, etwas abgesondert, war das Isolierspital untergebracht. Am südwestlichen Rand des Lagers lag ein eigenes, aus sechs Unterkunftsbaracken bestehendes Offiziersspital. An dieses schloß sich das Lagerspital mit dem Marodenhaus an. Dahinter gliederten sich Magazinbaracken und der als neues Kriegsgefangenenlager bezeichnete Teil für italienische Gefangene, ein relativ kleiner Bereich, der mit sieben Unterkunftsbaracken maximal 1750 Italiener aufnehmen konnte. An das Lagerspital schloß sich das Reservespital Donawitz an. Die anderen beiden Spitalsgruppen waren in der Folge verlegt worden. Vom ursprünglichen Kriegsgefangenenlager blieben nur 38 Baracken in ihrer Erstfunktion bestehen, diese waren auch weiterhin mit einer wechselnden Anzahl von Kriegsgefangenen belegt. Dieser Lagerteil gliederte sich in einen Teil für Arbeiter der Militärbauleitung und einen kleineren als Arbeitsdetachment. Den Lagerbereich Mühldorf teilten sich eine Rekonvaleszentenabteilung und ein Gesteinsbohrkommando, welches Rekruten am nahen Steinbruch ausbildete. Das Kommando umfaßte 600 Mann, die nach erfolgreicher Ausbildung an die Front abgingen und durch neue Rekruten ersetzt wurden.⁸⁰ Die Infrastruktur des Lagers war wie jene einer kleinen Stadt. Es gab Bäckereien, ein Schlachthaus mit Kühlanlage, einen Gendarmerieposten, ein Postamt, eine Lagerfeuerwehr, ein Lagermuseum⁸¹ und Gebetshäuser für die einzelnen Konfessionen unter den Gefangenen.

Aus ökonomischen Gründen und da ein Mangel an Kraftfahrzeugen herrschte, beschloß die Bauleitung, ein Feldbahnsystem zu verlegen. Bereits 1916 verfügte das Lager über ein Schienennetz mit einer Gesamtlänge von über 20 Kilometer. In das Netz miteinbezogen wurden nach und nach das Nebenlager und alle Arbeitsstätten der nächsten Umgebung, welche für das Lager von wirtschaftlicher Bedeutung waren. Bereits im Februar 1915 trafen die ersten gemieteten Schlepplokomotiven im Lager ein, und am 17. Februar befuhr die Bahn, unter großem Aufsehen in der Bevölkerung, erstmals die neuverlegte Strecke vom Weißenbacher Steinbruch zum Staatsbahnhof in Feldbach und weiter ins Lager.⁸² Eine weitere Strecke führte vom Bahnhof der Stadt über Raabau in das Lager.⁸³

Zwei Jahre später verlängerte die Bauleitung ihre Gleisstrecke bis auf den nahen Steinbergkogel, wo ein Steinbruch betrieben wurde. An Sonn- und Feiertagen durf-

⁷⁷ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.122.

⁷⁸ Gendarmeriechronik Posten Feldbach.

⁷⁹ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 8HB-19 16/1.23.

⁸⁰ Nach einem undatierten Plan im Kriegsarchiv, Karton Capodistria-Feldbach. Der Plan dürfte aus dem Jahr 1917 stammen, da bereits das Gesteinsbohrkommando, welches laut Gendarmeriechronik erst 1917 eintraf, ebenfalls eingezeichnet ist.

⁸¹ Die Fundstücke wurden von den Gefangenen während ihrer Arbeitseinsätze gesammelt. Die Sammlung beinhaltete Fundstücke aus dem Grabhügel am Saazerkogel bei Feldbach, Mineralien, Insekten, ein Modell des Lagers und Modelle einzelner Baracken. Ein Teil der Sammlung ging nach Kriegsende in den Besitz des Joanneums über. Das Schicksal der übrigen Gegenstände verliert sich in den achtziger Jahren. Das Verbleiben des Lagermodells ist ungeklärt.

⁸² Grasmug R., 800 Jahre Mühldorf bei Feldbach, Feldbach 1984.

⁸³ Gendarmeriechronik Posten Feldbach.

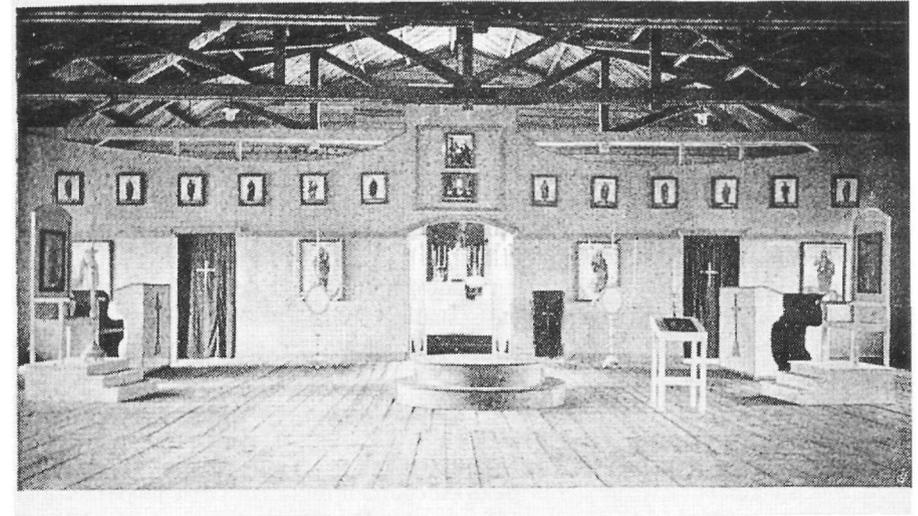


Abb. 7: Gebetsbaracke im Lager Feldbach (ÖU Rotes Kreuz).

ten Zivilisten für den Preis von 2 Kronen pro Person an Vergnügungsfahrten teilnehmen. Der so eingenommene Betrag kam Witwen und Waisen von im Krieg Gefallenen zugute.⁸⁴

Der Zweck der Lagerbahn bestand in der Verbindung der einzelnen, für die Werkstätten wichtigen Betriebe und Baustellen des Lagers sowie für den schonenden Transport nicht gehfähiger Kranker und Verwundeter in das Lagerspital. Die oben erwähnten Gleisanlagen überdauerten das Kriegsende nicht. Von bleibender Bedeutung für Feldbach blieb ein anderer, von der Bauleitung begonnener Bahnkörper.

Von der normalspurigen Staatsbahn zweigte man nach der Stadt ein Normalspurgleis in Richtung auf das Barackenlager ab. Dieses endete anfangs im sogenannten Lagerbahnhof des Gefangenenlagers. Dem Anschlußstück lag der Wunsch zugrunde, die Bevölkerung von Feldbach nicht der Gefahr einer Ansteckung durch Krankentransporte auszusetzen und durch eine direkte Verbindung zur Staatsbahn die Produkte der Werkstätten ohne Umladen in Normspurwaggons für den Transport mit der Staatsbahn verladen zu können. Dieser Streckenabschnitt ging später in der Trasse der heutigen Gleichenbergbahn auf. Er war somit der Beginn einer seit langem von der Bevölkerung gewünschten Verbindung zwischen Feldbach und Bad Gleichenberg. Knapp nach der Überquerung der Raab zweigte eine Spur dieses Normgleises nach links zum Lagersägewerk ab. Dieser Gleiskörper besteht heute noch. Hier entstand auf Grund des verkehrstechnisch günstigen Anschlusses an die Staatsbahn nach dem Krieg das Feldbacher Industriezentrum.

Der Lagerbahnhof wurde schon bald zu klein, da er ursprünglich für nur zwei Züge konzipiert war. Zusätzlich bestand durch das Anheizen der Schlepplüge im

⁸⁴ Grasmug R., 800 Jahre Mühldorf bei Feldbach, Feldbach 1984.

Lager die Gefahr eines Funkenfluges, wodurch eine ständige Brandgefahr für das Barackenlager gegeben war. So gestattete man der Bauleitung, einen neuen Feldbahnhof parallel zu der Normalstrecke, zwischen dem Fluß und der Straße Feldbach-Fehring, außerhalb des eingezäunten Lagerbereiches zu bauen. In dieser neuen Anlage fanden alle zehn Zugsgarnituren und die vielen Waggons der Bauleitung Platz. Zusätzlich wurden Unterkünfte für die Eisenbahner, ein Heizhaus und ein Flugdach errichtet. Daß hierbei die veranschlagten Kosten weit überschritten wurden, sei nebenbei erwähnt.⁸⁵

Damit waren die Ambitionen der Militärbauleitung noch nicht befriedigt. Konnte man beim Bau des neuen Feldbahnhofes noch auf eine für die Lagerwerkstätten und die Militärverwaltung wirtschaftliche Notwendigkeit hinweisen, war dies beim folgenden Projekt nicht mehr der Fall.

Sicherlich auf Anregung von Gemeindevertretern, mit denen die Verantwortlichen der Bauleitung in engem Kontakt standen, reichte man ein Wunschprojekt mehrerer Gemeinden der Umgebung ein und versuchte, um eine Verwirklichung zu erreichen, einen kriegswirtschaftlichen Nutzen hervorzuheben. Es handelte sich um eine Eisenbahnstrecke von Feldbach über Gleichenberg nach Radkersburg. Der von der Militärbauleitung dem Kriegsministerium vorgelegte Vertragsentwurf war von der Bauleitung, als Vertreter der Heeresverwaltung, mit Vertretern der Städte Feldbach und Radkersburg sowie deren Bezirksbehörden und dem Gleichenberger und Johannisbrunnen Aktienverein entworfen worden. Die Genannten traten als zukünftige Aktionäre der geplanten Feldbach-Gleichenberg-Radkersburg-Bahn auf.

Der projektierte Streckenverlauf bis Bad Gleichenberg entsprach fast völlig jener Strecke, welche schließlich nach dem Krieg verlegt wurde. Die Streckenlänge sollte 37 Kilometer betragen und an der Normalspurbahn des Lagers ihren Ausgangspunkt haben. Bei Zustandekommen des Vertrages wäre die Heeresverwaltung verpflichtet gewesen, Kriegsgefangene als Arbeiter zu stellen sowie für deren Verpflegung, Unterkunft und Arbeitswerkzeuge aufzukommen. Weiters wäre die Materialbeschaffung, der Bau und die Bauführung in den Aufgabenbereich der Heeresverwaltung gefallen. Die Konzessionäre verpflichteten sich im Gegenzug, die Zulagen für die Arbeiter zu leisten und für die Grundeinlösung zu sorgen. Die errechneten Gesamtkosten lagen bei 2 Millionen Kronen. Zu Baubeginn hatten die Konzessionäre ein Sechstel der Bausumme als Vorschuß an die Bauleitung zu bezahlen. Sollte das Projekt vor Kriegsende zu einem Abschluß kommen, wäre der Betrieb bis zu einem Friedensschluß ausschließlich im Interesse der Heeresverwaltung erfolgt.

Im Juli desselben Jahres genehmigte das Kriegsministerium durch die Abteilung 8HB das Projekt und wollte es zur weiteren Prüfung an die Finanzprokuratur des Kronlandes weiterleiten. Dies verhinderte aber die Abteilung Feldbahnwesen, indem sie sich gegen den Bau aussprach. Auf der geplanten Strecke waren zwei Tunnels geplant, für deren Konstruktion man der Bauleitung die Erfahrung absprach. Die Argumente gingen hin und her, auch versuchte man in Feldbach, mit dem Argument einer Fremdenverkehrsbelebung der Region nach dem Krieg, was der eigentliche Grund des Projektes gewesen sein dürfte, die Oberhand zu behalten. Schließlich siegten die militärischen Bedenken des Oberkommandos, welches durch einen Abzug von landwirtschaftlichen Arbeitskräften für einen Bahnbau die Landwirtschaft gefährdet sah.⁸⁶

⁸⁵ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 8HB-19 16/1.58.

⁸⁶ Ebd., 63 18/53.



Abb. 8: Russen beim Bahnbau in Feldbach (Joanneum, Bild- u. Tonarchiv, KB 8062).

Alles, was von dieser Idee blieb, war eine Stirnrampe auf der Normalspurbahnstrecke hinter dem Lagerbahnhof, an welche noch ein Stück Feldbahn anschloß. Dies deshalb, da es der Bauleitung gestattet wurde, an der geplanten Strecke zu bauen, wenn dadurch nicht Arbeitskräfte anderen wichtigen Aufgaben entzogen würden. Im April 1918 erfolgte das endgültige Aus durch das Kriegsministerium. Erst einen Monat später bemerkte das Ministerium, durch das Aufkommen der Verpflegungsfrage für kriegsgefangene Bahnarbeiter, daß die Einstellungsanordnung mißachtet worden war. Die Militärbauleitung versuchte bis zuletzt, den Bau in irgendeiner Weise fortzuführen, und hatte mit ihrer Taktik teilweise Erfolg. So gestattete das Militärkommando Graz die Fortführung von Erdgewinnungsarbeiten längs der künftigen Bahntrasse mit der Begründung, das gewonnene Material werde bei der Raabregulierung und für andere Bahnstrecken benötigt.⁸⁷

Da zu Beginn des Lagerbaues noch niemand ahnte, wie lange der Krieg dauern würde und welche kriegswirtschaftliche Bedeutung die Lagerwerkstätten erlangen würden, mietete die Bauleitung das gesamte Feldbahnmaterial nur an. Nach einem Jahr aber zeigte sich, daß mit einer längeren Kriegsdauer zu rechnen war und ein Ankauf des Bahnmaterials billiger käme, als weiterhin Miete zu bezahlen. 1916 schließlich erwarb die Militärbauleitung die Rollbahnmaterialien.⁸⁸

Die eigentliche Bedeutung des Kriegsgefangenenlagers Feldbach lag in seinem Werkstättenbetrieb. Diesen kann man in zwei Teile gliedern; jenen innerhalb und jenen außerhalb des Lagers. Nicht alle Arbeiten im Umfeld des Lagerbereiches dienten unmittelbar dem Betrieb der Werkstätten, so etwa die Regulierung der Raab

⁸⁷ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Ma. 18-26 2/19.2.

⁸⁸ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 8HB-19 16/1.3.

und die Schottergewinnung im neu erschlossenen Steinbruch am Steinberg, hinter dem Lager Mühlendorf. Er lieferte Schotter für den Trassenbau der Feldbahnen, für den Straßenbau in und um das Lager, aber auch für die Regulierungsarbeiten an der Raab.

Begonnen hatte der Abbau im kleinen Maßstab, um mit dem gewonnenen Material die Beständigkeit der Lagerstraßen zu verbessern. Mit der Ausdehnung des Lagers und der Aufgabenerweiterung der Bauleitung stieg auch der Schotterbedarf stark an und machte eine völlige Erschließung der Abbaustelle notwendig. Baron Hammer-Purgstall versuchte, die geplante Verlegung einer Drahtseilbahn zur besseren Erschließung des Steinberges dahin gehend zu beeinflussen, daß diese auf den in seinem Besitz befindlichen Teil des Steinbergkogels geführt werden sollte. Den so genützten Grund wollte er als Gegenleistung der Bauleitung kostenlos für die Kriegszeit überlassen. Was den bereits laufenden Abbau im Bauernwald hinter dem Nebenlager betraf, versuchte er, auf den Umstand der Pachtkosten und die Schädigung des Waldbodens durch die Erschließungsarbeiten zu verweisen. Wie die Nachkriegsgeschichte des Steinbruchs zeigte, hatte Hammer-Purgstall die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in diesem Projekt steckten, richtig erkannt. Sein Angebot lehnte die Bauleitung aus mehreren Gründen ab. Die angebotenen Grundstücke hätten völlig neu erschlossen werden müssen, was eine Verzögerung von mehreren Monaten zur Folge gehabt hätte, und zusätzlich wäre die geplante Seilbahn länger als die bereits projektierte Strecke ausgefallen. Nicht vergessen war auch die Rolle, welche der Baron bei den Protesten der Nachbargemeinden gegen eine Lagererweiterung gespielt hatte, daher sollten nun Besitzer von Grundstücken bevorzugt behandelt werden, welche schon zuvor bereitwillig ihre Grundstücke überlassen hatten.⁸⁹

Einen weiteren Steinbruch betrieb das Lager in Weißenbach. Dort wurde während des Krieges doppelt soviel an Material abgebaut als am Steinberg. In der Nähe von Weißenbach, bei der Ortschaft Oedt, stand ein Kalkofen in Betrieb. Kohle bauten die Gefangenen an mehreren Stellen der Umgebung, wie bei Reiting, Auersbach und Paldau, für das Lager ab. Diese Kohlenschürfe beschäftigten zusammen 150 Kriegsgefangene.⁹⁰

4.3 Die Lagerwerkstätten

Von größter Bedeutung für die Lagerwerkstätten war die Holzaufbringung, denn ein Großteil des Betriebes war mit der Holzverarbeitung beschäftigt. Um von Ankäufen unabhängig zu sein, richtete die Bauleitung im ganzen Kronland mehrere Außenstellen mit Kriegsgefangenen ein, deren Aufgabe die Holzgewinnung war. Nebenbei betrieb die Bauleitung sieben Sägewerke, um die geschlägerten Stämme vor Ort bearbeiten zu können.⁹¹ Ein weiteres großes Sägewerk bestand, mit einem Normalspuranschluß an die Staatsbahn, im Lager selbst. Allein für 1916 war die Bearbeitung von Holz im Wert von 4 Millionen Kronen geplant.⁹²

Die Produktpalette des Lagerbetriebes war vielfältig. 1915 arbeitete man in erster Linie für den Bedarf der 5. Armee, welche bei ihren Kämpfen an der Italienfront unter Bau- und Brennholzangel zu leiden hatte.⁹³ Im Sinne der militärischen Notwendigkeit war die Bauleitung angewiesen, in erster Linie die von der Armee im

Felde dringend benötigten Produkte zu erzeugen und alle anderen Arbeiten, etwa Bautätigkeiten im Lager, zurückzustellen. Als einmal in einer Mannschaftsbaracke von Zimmerleuten Cholerafälle auftraten und diese mit allen 250 Bewohnern von der ärztlichen Leitung unter Quarantäne gestellt wurde, wünschte die Bauleitung, um der Auftragslage nachkommen zu können, daß den Arbeitern, wenn diese schon nicht in der Werkstätte arbeiten dürften, wenigstens Arbeitsmaterial in die Baracke geliefert werde.⁹⁴ Dies sei als Beispiel für den Druck, unter welchem man versuchte, den Aufträgen nachzukommen, angeführt.

Der Barackenbau stellte den bedeutendsten Zweig der Lagerproduktion dar. Es wurden Standardbaracken für verschiedene Zwecke, von der Mannschafts- bis zur Munitionsbaracke, in Fertigteilbauweise, auch winterfest, hergestellt. Bei Bedarf wurde die gesamte Einrichtung gleich mitgeliefert. Die Baracken aus Feldbach fanden in der ganzen Monarchie, an den einzelnen Kriegsschauplätzen wie in der Etappe, Abnehmer. Viele Unterkunftsbaracken benötigten die ständig wachsenden Kriegsgefangenenlager in Nieder- und Oberösterreich. Häufig ließ das Kriegsministerium Baracken im vorhinein anfertigen, um sie bei Bedarf nur abrufen zu müssen. An die 3000 Baracken produzierte Feldbach von 1915 bis 1918. Hauptabnehmer war die Abteilung 8HB des Kriegsministeriums, gefolgt vom 5., 11. und 10. Armeekommando und der Munitionsfabrik Wöllersdorf.⁹⁵ Neben Gebäuden erzeugten die Tischlereien Bretter, Brennholz, Tische, Kästen, Schlitten, Munitionskisten und vieles mehr.⁹⁶

Neben den drei Tischlereien und sechs Zimmereien gehörten je eine Wagnerei, Schmiede, Dreherei, Schlosserei, Anstreicherei, Tapeziererei, Nagelschmiede und eine Schneiderei zum Werkstättenbetrieb. In diesen Werkstätten arbeiteten neben Kriegsgefangenen auch einheimische Fachkräfte, Zivilarbeiter, Landsturmpflichtige und dienstenthobene Soldaten. Auf alle Lagerbetriebe umgerechnet, ergab sich aus den Zahlen der beschäftigten Gefangenen zu jenen der österreichischen Arbeiter ein Verhältnis von 4:1.⁹⁷ Aus der breiten Palette an Produkten seien einige herausgegriffen: 80 Millionen Schuhnägel, 60.000 Schienennägel, Sturmlampen, Mausefallen, Polarzelte, Schneeanzüge, Telefonzellen u. v. m.⁹⁸ Die Leistungsfähigkeit der Zimmereien lag 1918 bei 30 Mannschaftsbaracken im Standard 40 mal 10 Meter pro Woche. Die anderen Betriebe standen dieser Leistung in nichts nach. Der Vorteil der Arbeit mit Kriegsgefangenen war, daß ihre Arbeitskraft billiger als jene von regulären Arbeitskräften war. So kostete zum Beispiel die Herstellung von 1000 Stück Flügelnägeln im Normalfall 10,14 Kronen, der Gefangene erzeugte die gleiche Menge um 7,44 Kronen. Dies bedeutete für die Heeresverwaltung, umgelegt auf die leistungsstarken Kapazitäten der Lagerwerkstätten in Knittelfeld und Feldbach, eine nicht unbeachtliche Einsparung an Produktionskosten. So ersparte sich das Kriegsministerium alleine für seinen Auftrag zur Herstellung von zehn Millionen solcher Nägel die Summe von 27.000 Kronen.⁹⁹

Die Wirtschaftskraft des Lagers Feldbach läßt sich nur schwer abschätzen. Für die Jahre 1916 bis 1918 sind Rechnungsbelege fast aller Lieferungen im Auftrag der

⁸⁹ Ebd., 1915, Abt. 8HB-19 13/2.137 u. 13/2.170.

⁹⁰ Ebd., 1918, Abt. 10Kgf-11/1163.

⁹¹ Ebd., S. 32 f.

⁹² Ebd., 1916, Abt. 8HB-19 16/1.58.

⁹³ Ebd., 1915, Abt. 8HB-63 349/9.

⁹⁴ Ebd., 1915, Abt. 14 38-55.

⁹⁵ Ebd., 1918, Abt. 10Kgf-11/1163, Aufstellung der erbrachten Leistungen bis 1. Jänner 1918.

⁹⁶ Ebd., genaue Auflistung nach Auftraggeber.

⁹⁷ Ebd., I.415 : 362.

⁹⁸ Ebd., S. 11 f.

⁹⁹ Ebd., 1916, Abt. 8HB-19 16/1.59.

Südwestfront erhalten. Das Jahr 1915 fehlt leider komplett, ebenso wie einige der Belege für die Folgejahre. Aus den vorliegenden Rechnungen läßt sich ein Mindestumsatz von 4,5 Millionen Kronen für die drei letzten Kriegsjahre ableiten.¹⁰⁰

Die Zahl der ab Mitte 1915 in Feldbach angehaltenen Soldaten und deren Nationalitäten lassen sich nur schwer genau festlegen. Zum einen durch die Abgabe von Gefangenen an diverse andere Arbeitsstellen, zum anderen, da nur wenige Gefangenenstandsmeldungen erhalten sind. Die Zahl dürfte zwischen 5000 und 6000 geschwankt haben, welche sich aus diversen Meldungen über Bedarf und Umschichtungen bei der Arbeitseinteilung in etwa ermitteln läßt. Ein Drittel der Gefangenen war genau nach ihren Zivilberufen aus der Masse der Kriegsgefangenen herausgesucht worden. Es waren Facharbeiter, die gezielt in den entsprechenden Werkstätten eingesetzt wurden. Die restlichen Arbeiter führte man als Tagelöhner und setzte sie an den Arbeitsstellen außerhalb des Lagers ein. Die Militärbauleitung Feldbach verfügte zusätzlich über 49 Außenstellen, von denen einige sogar, nahe der Front zu Italien gelegen, mit noch einmal 1300 Kriegsgefangenen als Hilfskräfte ausgestattet waren. Die entfernteste Expositur war jene in Sofia mit zehn Zimmerleuten.¹⁰¹

Das Verhältnis zwischen der Bauleitung und ihren ausländischen Arbeitskräften war wechselhaft. Man unternahm alles, um den Arbeitern einen Anreiz zu höherer Arbeitsleistung zu bieten, versuchte aber gleichzeitig, die Produktion nicht durch zu große Zugeständnisse zu gefährden. Den Arbeitern wurde ihre Leistung entsprechend den Vorschriften des Kriegsministeriums entlohnt.¹⁰² Es lag dennoch im Interesse der Bauleitung, ihre Arbeiter möglichst gut zu bezahlen, um einen entsprechenden Arbeitswillen zu erhalten. Als daher das Kommando der Südwestfront für Gefangene im Armeebereich Sonderzahlungen streichen ließ, wandten sich die Verantwortlichen des Lagers mit dem Wunsch an Wien, dieser Anweisung nicht nachkommen zu müssen. Man verwies auf die hervorragende Arbeitsmoral unter den Gefangenen und betonte, daß diese in Feldbach arbeiteten, als wenn sie längst assimilierte österreichische Staatsbürger wären. Es wurde der Bauleitung gestattet, die zusätzlichen Auszahlungen weiterhin vorzunehmen.¹⁰³ Derartige Interventionen kamen immer wieder vor, wenn die Produktion durch Kürzung der Löhne gefährdet war. In Felbach wurden sogar Akkordlöhne ausbezahlt.

Weniger Freude hatte die Bauleitung mit der Anordnung zur Einrichtung von Hilfskomitees in allen Gefangenenlagern. Deren Aufgabe sollte die Vertretung von Interessen der Kriegsgefangenen gegenüber der Lagerleitung sein, nämlich auf einer Ebene, welche dem Lagerkommando ansonsten nicht zugänglich wäre.¹⁰⁴ Ging es nur um Nebensächliches, wie die Installation eines großen Warmwasserbehälters zum Teekochen, wurde man sich rasch einig. In Arbeitsbelangen war der Konsens eher gering. Dies führte zum Eingreifen des Kriegsministeriums, als die Beschwer-

den der Bauleitung und des Komitees über den jeweils anderen zunahmen. Die Bauleitung warf den Vertretern der Gefangenen aufwieglerische Tätigkeit, Störung des normalen Dienstweges und Einmischung in alle Angelegenheiten vor. Im Gegenzug beschwerte sich die Gefangenenvertretung, daß minderintelligente niedere Dienstgrade als Partieführer herangezogen würden, nur weil diese Deutsch könnten, daß an Sonntagen bei Schichtwechsel die Freizeit der Arbeiter zu wenig berücksichtigt, die Krankmeldungen vor ihrem Gang zum Arzt von Offizieren überprüft und Brotentzug als Strafe verhängt werde, damit nicht zu viele Gefangene in Arrest kämen. Die Bauleitung verlangte die Auflösung der Vertretung oder eine Einschränkung deren Wirkungskreises. Das Hilfskomitee wandte sich zuerst unter Einhaltung des Dienstweges an das Stationskommando, welches zugunsten der Gefangenen entschied. Dies auch deshalb, da der Lagerkommandant die Vorgangsweise des Komitees für korrekt und die Forderungen für berechtigt hielt. Auch das Kriegsministerium stellte sich auf die Seite der Gefangenen und entschied in allen Punkten gegen die Anordnungen der Bauleitung, nicht ohne diese auch entsprechend zurechtzuweisen.¹⁰⁵ Es gelang den Gefangenen sogar, gegen den Willen der Bauleitung eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde an Samstagen für die Holzarbeiter durchzusetzen.¹⁰⁶

Neben den Arbeiten für das Lager waren einige Gefangene zeitweilig im Interesse der Gemeinde tätig. In der Stadt Feldbach verbesserte die Bauleitung Straßen und Wege, besonders jene, welche zum Lager führten. Der Hauptplatz wurde umgestaltet und mit Zierbäumchen bepflanzt.¹⁰⁷ Die wertvollste Tätigkeit für Feldbach waren die Regulierungsarbeiten an der Raab in den Jahren 1915 bis 1918. Annähernd 1,8 Flußkilometer wurden reguliert und damit fast 200 Hektar Bodenfläche für die Zukunft vor Überschwemmungen geschützt. Die Heeresverwaltung übernahm die Verköstigung und Einquartierung der Gefangenen. Die Restkosten hatten das Land und das k. k. Ackerministerium zu bestreiten. So konnte dieses bisher an der Finanzierung gescheiterte Projekt endlich in Angriff genommen werden, denn die Einsparungen durch den Einsatz der russischen Arbeiter beliefen sich auf annähernd 190.000 Kronen.¹⁰⁸ Durchschnittlich 400 bis 600 Arbeiter waren mit der Flußverbauung beschäftigt.

Ein überwiegender Teil der Arbeiter waren russische Kriegsgefangene. Durch den Waffenstillstand zwischen Rußland und den Mittelmächten sowie den folgenden Frieden von Brest-Litowsk ergaben sich für die mit Aufträgen ausgelastete Militärbauleitung große Probleme. Im März 1918 erließ die Abteilung 10/Kgf den Befehl, alle Kriegsgefangenen russischer Nationalität gegen italienische Gefangene auszutauschen.¹⁰⁹ So ersuchte die Bauleitung um Überlassung von verlässlichen Elementen, da den Gefangenen großes Vertrauen entgegengebracht und eine größere Bewegungsfreiheit als anderenorts üblich eingeräumt werde. Am liebsten hätten die Verantwortlichen ihre russischen Arbeiter gegen Norditaliener eingetauscht.¹¹⁰ Der Austausch mußte mit entsprechender Rücksicht auf die Produktion des Lagers durchgeführt werden. Es ist daher kaum verwunderlich, daß dieser Wechsel bis Kriegsende immer noch nicht vollständig durchgeführt worden war. Den Russen, denen der Erlaß des Kriegsministeriums bekannt war, ging es selbstverständlich viel zu lang-

¹⁰⁰ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Bauleitung, Topographische Reihe, Karton Feldbach A-F und Karton Capodistria-Feldbach.

¹⁰¹ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1918, Abt. 10Kgf-11/1163.

¹⁰² Die Entlohnung für Gefangene im Arbeitseinsatz war in einen Fixbetrag und Zulagen für besondere Leistungen aufgeteilt. Die Höhe der Beträge änderte sich während des Krieges des öfteren. Ein festgesetzter Teil des Lohnes durfte bar ausbezahlt werden, der Restbetrag mußte den Kriegsgefangenen gutgeschrieben werden. 1916 verdiente ein Gefangener als Landarbeiter ca. 2 Kronen pro Woche und konnte es in der Erntezeit auf bis zu 5 Kronen bringen.

¹⁰³ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-9 13/2.173 u. 194.

¹⁰⁴ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Präs. 1917-99 4/2.3.

¹⁰⁵ Ebd., 99 1/3.

¹⁰⁶ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1918, Abt. 10Kgf-11/1844.2.

¹⁰⁷ Gendarmeriechronik Posten Feldbach.

¹⁰⁸ Stmk. Landesarchiv, Bezirksausschuß Feldbach, Sammelakten, Faszikel 1880-1914.

¹⁰⁹ Erlaß Abt. 10Kgf, Nr. 15.950 vom 19. März 1918.

¹¹⁰ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1918, Abt. 10Kgf-11/3504.

sam, und es kam teilweise zu Streikaktionen, so daß sich die Bauleitung genötigt sah, die Gefangenen teilweise mit bewaffneter Assistenz zur Arbeit zu zwingen.¹¹¹ Da die Anzahl der durch die Bauleitung eingesetzten russischen Arbeiter über das Jahr 1918 relativ konstant blieb, ist anzunehmen, daß die Heeresverwaltung kein besonderes Interesse hatte, die gut eingearbeiteten Facharbeiter allzusehr nach Hause zu schicken.

Als Österreich-Ungarn am 3. November 1918 den Waffenstillstand mit den Alliierten unterzeichnete, entwickelte sich die Lage im Lager explosiv. Italiener, Russen und nichtösterreichische Bewacher wollten umgehendst nach Hause entlassen werden. Die Gefangenen hatten die Arbeit eingestellt, und es drohte eine Revolte. Schmidt, mittlerweile zum Major befördert, gelang es, alle Gefangenen innerhalb von 24 Stunden mittels der Eisenbahn in ihre Heimat abzuschicken. Waggons standen der Bauleitung ausreichend im Lager zur Verfügung. Vor der Abfahrt demolierten die Gefangenen ihre Unterkunftsbaracken, ließen aber die Werkstätten unberührt.¹¹² Der Heimtransport verlief so schnell, daß die Gefangenen einen Geldbetrag von 77.000 Kronen unbehoben auf ihrem Konto bei der Postsparkasse zurückließen.¹¹³

5. Das Lager Lebring

5.1. Die Standortsuche

Der Standort Lebring wurde erst relativ spät für ein weiteres Gefangenenlager bestimmt. Bis März 1915 dauerten die Verhandlungen zwischen Militär- und Zivilbehörden über den neuen Bauplatz. Ursprünglich verlangte das Kriegsministerium ein Gelände im Murtal, welches 20.000 Gefangenen Platz bieten sollte.

Als aussichtsreichste Lagerplätze wurden im Jänner 1915 die Ortschaften Judendorf und Gratwein bei Graz kommissioniert. In Judendorf faßte man das Straßengler Feld und bei Gratwein das Gebiet um Stift Rein in die engere Wahl. Neben Vertretern des Militärkommandos Graz und der Bezirksbehörde nahmen die beiden Bürgermeister der betroffenen Ortschaften an der Aussprache vor Ort teil. Der erste Verhandlungspunkt galt einem zwischen Gratwein und Rein, in der Katastralgemeinde Eisbach, gelegenen Wiesen- und Ackerfeld in der Größe von 30 Hektar. Das in Frage kommende Gelände grenzte direkt an bebauten Flächen, was eine Aufschließung erleichterte, eine Erweiterung jedoch ausschloß. Die Kriegsgefangenen- und Materialtransporte mußten auf ihrem Weg ins Lager ständig den Markt Gratwein durchqueren.

Zwischen Gratwein und Judendorf liegt das Straßengler Feld. Diese zweite Möglichkeit für einen Lagerstandort entsprach den Vorstellungen der Militärs eher als das Feld bei Eisbach. Der projektierte Bauplatz lag verkehrstechnisch günstig zwischen gut befahrbaren Straßen und in der Nähe der Südbahnstrecke. In die engere Auswahl rückte der Bereich südlich von Stallhof bis hin zum Rötzerbach. Die Größe der verfügbaren Fläche entsprach den gewünschten Anforderungen, und der Boden eignete sich hervorragend für kostengünstige Brunnenbohrungen. Die Abwässer plante man mittels einer Kanalisation in den Rötzerbach und somit weiter in die Mur

¹¹¹ Ebd., Abt. 8HB-19 16/2.26.

¹¹² Ebd., 19 16/2.26.

¹¹³ Archiv der Republik, Inneres/Kgf-4786/19.

zu leiten. Selbst die Stromversorgung erwies sich als problemlos, da die Leitungen der Steiermärkischen Elektrizitätsgesellschaft unmittelbar am Lagerplatz vorbeiführten.

In Judendorf selbst sollten 600 bis 800 Mann der Wachmannschaft einquartiert werden. Als Sommerkurort verfügte die Ortschaft über einige Hotels und Villen, welche für die Unterbringung der Offiziere in Betracht kamen. Die Versorgung des Lagers sollte örtlichen Genossenschaften und Unternehmen übertragen werden. Ein finanzieller Anreiz, um etwaige Bedenken aus der Bevölkerung auf die wirtschaftlichen Vorteile eines Lagerbaues umzulenken.

Seitens der Bezirkshauptmannschaft teilte man die Begeisterung der Militärs nicht. Ihr Vertreter verwies auf die Belastung des Großraums Graz durch die bereits bestehende Verantwortung, das Internierungslager Thalerhof, die Bevölkerung von Graz, die vielen verwundeten Soldaten und die unzähligen einquartierten Menschen mit Lebensmitteln versorgen zu müssen. Weiters entginge der Landwirtschaft durch den ausgewählten Standort fruchtbares genutztes Ackerland. Die Behörde verweigerte daher die Zusage einer anstandslosen Lebensmittelversorgung für das Gefangenenlager. Hierin sahen die Vertreter der Heeresverwaltung kein Problem und garantierten, die Versorgung in Eigenregie durchzuführen. Da seitens der betroffenen Bürgermeister lediglich die Bitte vorgebracht wurde, für die benötigten Grundstücke eine entsprechende Entschädigung zu bezahlen und bei der Vergabe von Aufträgen die Betriebe und Landwirte der Umgebung bevorzugt zu behandeln, glaubte das Kriegsministerium die Standortsuche als abgeschlossen.¹¹⁴

Die Gemeinde Graz konnte den Optimismus der Nachbargemeinden über einen Lagerbau nicht teilen und sprach sich entschieden gegen ein Lager in der Umgebung von Graz aus. Der Gemeinderat vertrat die Ansicht, die Abwässer eines Gefangenenlagers in dieser Region würden die Selbstreinigungskraft der Mur überfordern. In der Folge käme es zu einer Gefährdung des Grundwassergebietes, und über die Mühlgänge der Stadt könne das verschmutzte Wasser in die Badeanstalten der Stadt gelangen. Eine Beunruhigung der Bevölkerung durch die Abwasserfrage wäre ebenfalls nicht auszuschließen, da vielfach die Meinung vertreten würde, daß Murwasser teilweise im Leitungswasser enthalten sei. Um die Ablehnung der Stadt gegenüber dem Projekt des Militärkommandos zu unterstreichen, erklärte die Gemeinde, daß der Lagerbau den vollkommenen wirtschaftlichen Niedergang der Stadt zur Folge hätte.¹¹⁵

Das Kriegsministerium sah keine Möglichkeit, gegen die Ablehnung der Stadt Graz anzukommen. Das Risiko, einen so großen Teil der steirischen Bevölkerung mit einem Schlag zu verstimmen, erschien unter den kriegsbedingten Umständen nicht ratsam. Als Ersatz faßte man, nun unter Zeitdruck geraten, Lieboch als neuen Standort ins Auge. Die Militärverwaltung mußte bereits fest mit dieser neuen Variante gerechnet haben, da sie schon Gefangenenstandslisten drucken ließ, welche den Kopf „Kriegsgefangenenlager Lieboch“ trugen.¹¹⁶ Letztendlich fiel im März die endgültige Entscheidung für den Lagerplatz Lebring.¹¹⁷

¹¹⁴ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.7, Kommissionsprotokoll.

¹¹⁵ Stmk. Landesarchiv, Statthalterei, Präs. 1915, E91-780.

¹¹⁶ Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Präs. 1915, 99-3/14; diese Formulare sind teilweise noch erhalten, da sie mit überschriebenem Briefkopf für das Lager Lebring Verwendung fanden.

¹¹⁷ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.37-I.

5.2. Das Lager bei Lebring

Die Landesregierung beschränkte ihren Protest auf den Hinweis, daß man sich jede weitere Lagervermehrung oder -erweiterung im Hinblick auf die Versorgungslage des Landes verwehre.¹¹⁸ Zusammengenommen vermehrten die seit Kriegsbeginn errichteten Gefangenen-, Internierungs- und Flüchtlingslager die Einwohnerzahl des Kronlandes um über 120.000 Personen.

Zwei Tage nach der Entscheidung begann bereits der Bau des neuen Lagers. Dies alles geschah so schnell, daß erst vierzehn Tage später ein Telegramm mit dem Einspruch der betroffenen Bevölkerung bei Kriegsminister Krobatin eintraf. Im Grunde brachten Bezirkshauptmann Kohantek und der Bürgermeister von Leibnitz, Emmerich Assmann, dieselben Gründe gegen ein Barackenlager vor, wie bereits einen Monat früher Graz. Sie verwiesen neben der Infektionsgefahr, der Lebensmittelknappheit, der Grundwassergefährdung und dem Verlust von erstklassigem Ackerland auf die Belastung, die dem Bezirk bereits durch das in der Zwischenzeit mit bereits 30.000 Personen belegte Flüchtlingslager Wagna auferlegt war.¹¹⁹ Auch ein weiterer Versuch der betroffenen Gemeinden mit einem 130 Unterschriften umfassenden Brief, unterzeichnet von bekannten Bürgern des Bezirkes, blieb ohne Wirkung,¹²⁰ was nicht gerade der Bitte der Landesregierung an das Ministerium entsprach, die Bevölkerung wenigstens schonungsvoll zu behandeln.¹²¹ Daß die nur 600 Einwohner zählende Gemeinde Lebring von 20.000 neuen Nachbarn nicht begeistert war, verwundert kaum.

In der Umgebung des Lagerbauplatzes standen nicht einmal genügend Quartiere für die Unterbringung des Lagerkommandos zur Verfügung, weshalb dieses erst im Mai im halbfertigen Lager eintraf. Die Bevölkerung wehrte sich auf ihre Weise, unterstützt von der Bezirksbehörde. Die Bauleitung hatte die größten Probleme, dringend benötigte Fuhrwerke und Arbeitskräfte zu erhalten, und sah sich daher gezwungen, 1000 Kriegsgefangene, Facharbeiter und Tagelöhner, als Ersatz für zivile Arbeitskräfte anzufordern. Diese ersten Gefangenen aus dem Lager in Feldbach verblieben nach Abschluß der Bauarbeiten im Lager Lebring.¹²²

1500 Zivilarbeiter und Gefangene errichteten in großer Eile das Lager. Außerhalb des Dorfes St. Margarethen, am Fuße des Buchkogels, legte die Militärbauleitung ein eigenes Wasserreservoir für das Lager an. Zwei Monate nach Beginn der Bauarbeiten, noch bevor das Lager fertiggestellt war, änderte der Kriegseintritt Italiens für dieses Lager ebenfalls den Verwendungszweck. Auf Befehl des Kriegsministeriums durfte nur noch vorhandenes Material verbaut werden, und das Kommando der Südwestfront ordnete die Umgestaltung zu einem Lagerspital an.

Mit der Umwandlung in ein Militärspital zeigte sich die Bauleitung aus ökonomischen, technischen und hygienischen Gründen nicht einverstanden. Als größtes Problem würde sich die Wasserversorgung erweisen, welche vom Reservoir alleine nicht getragen werden könnte.¹²³ Aus diesem Grund, und da mit den Lagerspitälern Knittelfeld und Feldbach letztendlich ausreichende Bettenkapazitäten vorhanden waren, verzichtete das Kommando Südwestfront auf den Umbau.¹²⁴

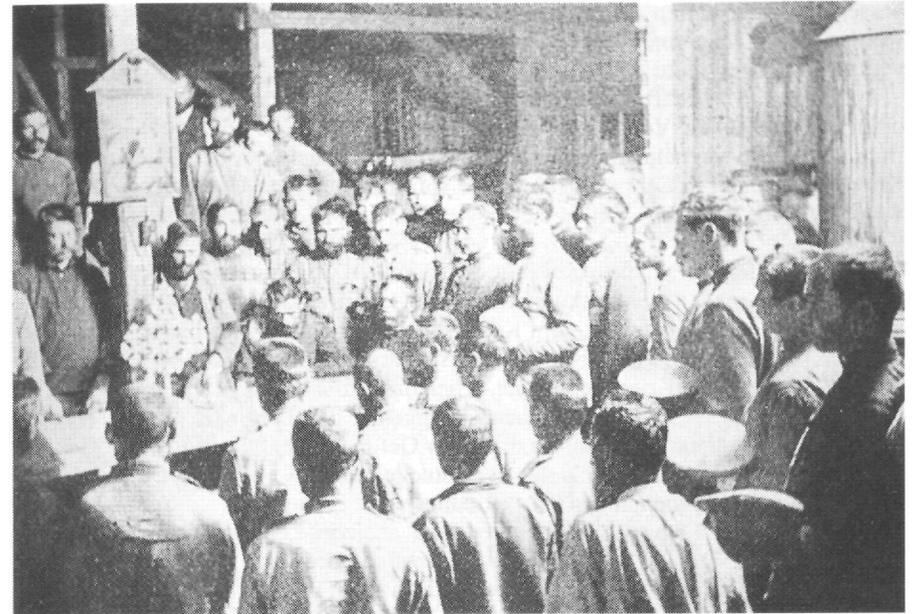


Abb. 9: Gottesdienst der Gefangenen (Ö/U Rotes Kreuz).

Zu einer Auffüllung des Lagers mit einer großen Anzahl Kriegsgefangener war es nicht mehr gekommen. Der Stand der gefangenen Serben, Russen, Rumänen und Italiener bewegte sich um die 3000 Mann. Viele von ihnen waren die meiste Zeit in der Umgebung von Wildon in der Landwirtschaft beschäftigt. Das Lager wurde zu einem Militärlager unter dem Befehl des Militärkommandos Graz umfunktioniert. Neben den Kriegsgefangenen waren 15.000 Mann, großteils Bosniaken, hier stationiert.¹²⁵

Wie im Zusammenhang mit den Lagern Knittelfeld und Feldbach, kann ab Mitte 1915 auch von Lebring nicht mehr von einem Gefangenenlager im eigentlichen Sinn gesprochen werden. Keines der Lager erhielt ab diesem Zeitpunkt direkt Gefangene aus den Kampfgebieten, sondern immer nur kleine Gruppen je nach Bedarf aus anderen Gefangenenlagern. Auf Grund der Anwesenheit von Kriegsgefangenen wurden sie aber dennoch weiter amtlich als Gefangenenlager geführt.

Gefangene Soldaten, welche als Hilfskräfte nach Lebring abkommandiert wurden, quartierte die Lagerleitung anfänglich in eine eigene Baracke ein, wo sie von einem Arzt untersucht wurden. Auf diese Weise wollten die Verantwortlichen die Einschleppung von Krankheiten verhindern. Bei einer Lagerinspektion fiel den Kommissionsmitgliedern auf, daß die Kriegsgefangenen des Lagers durchwegs

¹¹⁸ Stmk. Landesarchiv, Abt. IV4 1915–10607.

¹¹⁹ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.44.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Ebd., 19 13/2.49.

¹²² Kriegsarchiv, Militärkommando Graz 1915, Ma. 15-59 28/5.

¹²³ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-19 13/2.150.

¹²⁴ Ebd., 19 13/2.163.

¹²⁵ Die in der Gendarmeriechronik des Postens Wildon (Posten Lebring wurde erst 1919 eingerichtet) angegebene Zahl von 40.000 Mann ist, unter Betrachtung des erhaltenen Lagerplans und einer Ausdehnung des Lagers über eine Fläche von nur 75 Hektar, ungläubwürdig.

Lagerplan; Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Bauleitung, Topographische Reihe, Karton Tröpplach–Trofaiaach.

besser bekleidet waren als jene, die aus anderen Lagern nach Lebring überstellt worden waren. Innerhalb des Barackenlagers arbeiteten Gefangene als Krankenschwäger, Feuerwehrleute und eine größere Gruppe in der lagereigenen Bäckerei.¹²⁶

Kurzzeitig beschäftigten die Gefangenen des Lagers Lebring sogar das Abgeordnetenhaus, als elf Volksvertreter eine dringliche Anfrage an das Kriegsministerium stellten, bezugnehmend auf Gerüchte um Mißstände bei der Behandlung der Kriegsgefangenen in Lebring. Durch eine sofort eingeleitete Überprüfung der Vorwürfe, welche sich als haltlos herausstellten, konnte dieses Gerücht entkräftet werden.¹²⁷

Das von den Gefangenen gewählte Hilfskomitee war in seiner Funktion überaus aktiv. Geldsendungen und die Ausstellung von Depositscheinen sowie die korrekte Abbuchung von Geldbeträgen vom Konto der Gefangenen kontrollierte eine eigene Kommission der Russen. Über die Zeitschrift „Nedjelja“, eine österreichische Zeitung für russische Kriegsgefangene, erließ das Hilfskomitee einen Spendenaufruf an alle auf Außenstellen befindlichen Gefangenen des Lebringer Lagers, um auf dem Lagerfriedhof ein Denkmal für die in der Gefangenschaft verstorbenen Kameraden zu errichten.¹²⁸ Das mittels des gesammelten Geldes errichtete Denkmal steht heute noch auf dem ehemaligen Lagerfriedhof von Lebring.

Wie in allen Lagern, überschlugen sich auch in Lebring die Ereignisse im November 1918. Die letzten russischen Gefangenen beorderte das Lagerkommando von ihren Arbeitsstellen in das Lager zurück, um sie in ihre Heimat zu entlassen. Die Bosniaken plünderten das Lager, erbrachen die Magazine des Barackenlagers und verlangten unter Gewaltandrohung den Heimtransport. Die Bevölkerung der Umgebung machte sich das Chaos zunutze, um ihrerseits wagenweise die restlichen Ausrüstungsgegenstände abzutransportieren.¹²⁹

6. Das Arbeiterlager Trofaiach

Im Juli 1915 traf in Trofaiach eine Mannschaft der Militärbauleitung Graz ein. Ihr Auftrag bestand in der Errichtung einer Pulverfabrik für das Heer. Als zusätzliche Arbeitskräfte stellte ihr die Militärverwaltung 200 russische Kriegsgefangene bei, deren Zahl sich im Laufe der Monate auf 5000 Mann, für welche am Rand des Fabriksgeländes ein 3,25 Hektar großes Gefangenenlager angelegt wurde, erhöhte.¹³⁰ Die auf dem Plan der Pulverfabrik eingezeichnete Anzahl von Baracken läßt auf einen konstanten Gefangenenstand von 3500 schließen. Vermutlich schickte man einen Teil der Arbeitskräfte nach Fertigstellung der Fabrikanlage in ihre Stammlager zurück.

Anfangs plante die Bauleitung den Einsatz der Gefangenen ausschließlich für Bauarbeiten an der Fabrik. Mit dem allgemeinen Mangel an Arbeitskräften setzte man verstärkt Gefangene in unkritischen Bereichen der Produktion ein.¹³¹

¹²⁶ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 11-61 18/2; beinhaltet einen Wochenspeiseplan für Kriegsgefangene.

¹²⁷ Ebd., 1918, Abt. 8HB-19 16/4.5.

¹²⁸ Ebd., Abt. 10Kgf-66/100-39.

¹²⁹ Gendarmeriechronik Posten Wildon.

¹³⁰ Gendarmeriechronik Posten Trofaiach.

¹³¹ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 7P-38 4/31.



Abb. 10: Schnitzarbeiten russischer Gefangener (Ö/U Rotes Kreuz).

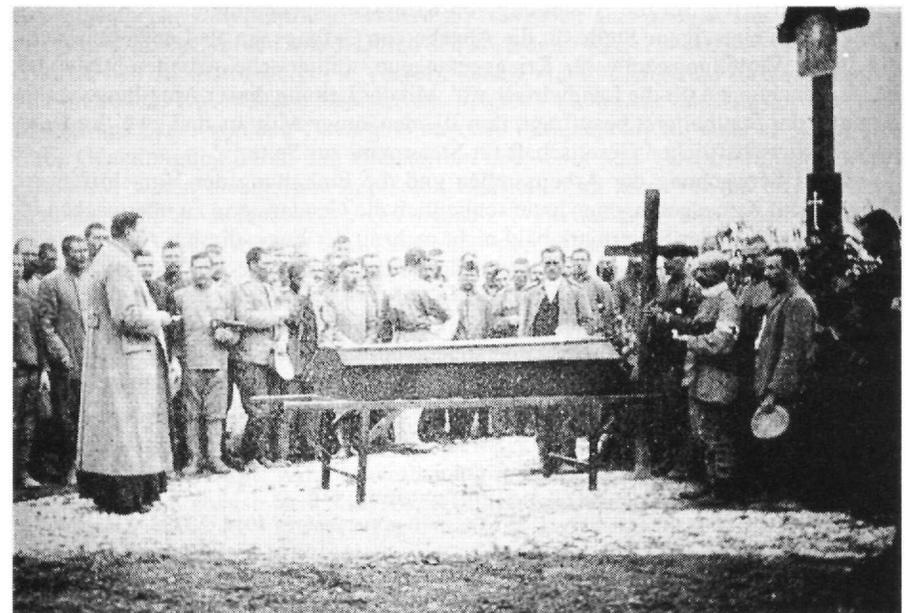


Abb. 11: Begräbnis am Lagerfriedhof Lebring (Ö/U Rotes Kreuz).

Bei Kriegsende verließen die italienischen und russischen Gefangenen mit ihren Wachmannschaften die Pulverfabrik und setzten sich nach Hause ab. In der Fabrik Trofaiach stellten die russischen Arbeitskräfte gegen Ende 1918 eine Minderheit gegenüber den Italienern dar.¹³²

7. Arbeitseinsätze von Kriegsgefangenen in der Steiermark

Durch die Einberufung aller wehrdienstpflichtigen Männer fehlten plötzlich in allen Produktionsbereichen Arbeitskräfte. Als Ersatz griff die Kriegswirtschaft anfangs auf Strafgefangene und Flüchtlinge zurück. Sträflinge gingen in Gruppen von 10 bis 15 Mann zum Arbeitseinsatz. Aus organisatorischen Gründen war diese Zahl bindend. Es bestand erhöhte Fluchtgefahr, da sich die Häftlinge im eigenen Land befanden und daher nach gelungener Flucht leichter untertauchen konnten. Flüchtlinge aus den Gebieten im Osten konnten über die „Landesarbeitsstelle des Landesverbandes für Wohltätigkeit“ in Graz angeworben werden.

Die Einsatzbereiche für Gefangene und die Organisation ihres Arbeitseinsatzes sorgten anfangs für heftige Diskussionen. Erst mit dem Jahr 1915 begann sich der Arbeitseinsatz von Gefangenen im großen Rahmen auszudehnen. Hauptkritikpunkt blieb all die Jahre hindurch die Frage nach der Mindestgröße der abzugebenden Gefangenengruppen. Diese Frage beschäftigte besonders die Landwirtschaft, da viele Betriebe nur eine kleine Zahl von Ersatzarbeitskräften benötigten und auch nicht in der Lage waren, größere Gruppen von Gefangenen unterzubringen.

Dem Kriegsüberwachungsamt fiel die Aufgabe der Zuweisung von Kriegsgefangenen an Zivilpersonen zu. Die jeweils zuständige Landesbehörde hatte sanitäre und wirtschaftliche Verhältnisse des Arbeitsplatzes zu überprüfen. Alles weitere fiel in den Aufgabenbereich des Militärkommandos.¹³³ Dieses gab daher einen Normvertrag für die Anstellung von Kriegsgefangenen heraus.¹³⁴ Schließlich richtete man eine eigene Stelle für die Abgabe von Gefangenen als Landarbeiter ein, die „k. k. Verteilungsstelle für Kriegsgefangene, militärische Arbeiterabteilungen und Bespannungen für die Landwirtschaft“. Mit der Leitung dieser Abteilung war ein Beamter der Statthalterei beauftragt, ihm standen einige Militärs und zwei Vertreter der landwirtschaftlichen Gesellschaft für Steiermark zur Seite.¹³⁵

Die Überwachung der Arbeitsstellen und die Einhaltung der Vorschriften im Umgang mit Kriegsgefangenen hatte schließlich die Gendarmerie zu überwachen.¹³⁶ Diese sah sich in der Steiermark bald nicht mehr in der Lage, diesem Auftrag nachzukommen,¹³⁷ und stieß, wo es zu Kontrollen kam, auf einen recht lockeren Umgang mit den beigestellten Arbeitskräften. Häufig traf der Gendarm im Bereich der Agrarkommission Graz keine Arbeiter an der vorgegebenen Stelle an, da diese von ihrem öffentlichen Arbeitsplatz an Privatpersonen, besonders für Holzarbeiten, weiterverborgt wurden.¹³⁸ Häufig unterblieb auch die geforderte Überwachungspflicht.



Abb. 12: Russen bei der Landarbeit (Ö/U Rotes Kreuz).

Im Februar 1915 erstellte das Landesbauamt für den Landesausschuß eine Liste mit möglichen Projekten im öffentlichen Interesse, welche dem k. k. Ackerbauministerium zur Durchführung mit Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte zur Genehmigung vorgelegt werden sollte. Durch den kostengünstigen Einsatz von Gefangenen erhoffte sich die Statthalterei die Verwirklichung von seit längerem zurückgestellten Meliorationen. Das Wiener Ministerium reagierte nicht sehr angetan auf die Vorschläge aus Graz. Von den 41 vorgeschlagenen Projekten lag für mehr als die Hälfte keine Genehmigung durch das Ministerium und somit kein Finanzierungsplan vor. Zusätzlich waren die meisten geplanten Baustellen zu klein für die erforderliche Mindestanzahl an abzugebenden Gefangenen.¹³⁹ Da das Land mit seinen Beiträgen zur Murregulierung seit 1911 im Rückstand war, schloß das Ackerbauministerium weitere staatliche Zuschüsse aus. Mit dem bescheidenen Betrag von 150.000 Kronen, welcher der Statthalterei für 1915 zur Verfügung stand, ließ sich keine Baustelle für die Mindestanforderung von 200 Kriegsgefangenen einrichten.¹⁴⁰ Die Regelung mit einer Mindestabgabe von 200 Gefangenen konnte das Kriegsministerium nicht lange aufrechterhalten, da sich hieraus besonders Probleme für die Landwirtschaft und Mittelbetriebe ergaben. Daher wurde Mitte des Jahres die Zahl auf 30 herabgesetzt und in der Folge auf noch weniger. Die Hartnäckigkeit der Statthalterei machte sich schließlich bezahlt. Die Wildbachverbauung des Flitzenbaches sowie des Triebenbaches wurden ebenso wie die Raabregulierungsarbeiten, die Salzaregulierung

¹³² Gendarmeriechronik Posten Trofaiach.

¹³³ Stmk. Landesarchiv, Statthalterei, Präs. 1914, E91-2415, S. 63.

¹³⁴ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1915, 33783, Anlage I.

¹³⁵ Ebd., 1916, 8819.

¹³⁶ Daher sind Gendarmeriechroniken eine gute Quelle für das Kriegsgefangenenwesen auf Gemeindeebene.

¹³⁷ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1915, 54138.

¹³⁸ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-10 11/17.93.

¹³⁹ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ackerbauministerium 1915, Karton 154, L, Kriegsgefangene, 12127.

¹⁴⁰ Ebd., 17442.

mit gleichzeitiger Wiesenentwässerung der Wassergemeinschaft St. Martin und anderen kleineren Projekten genehmigt.¹⁴¹

Neben der obersten Landesbehörde bemühte sich die steirische Agrarbehörde um kriegsgefangene Arbeiter. Die Agrarämter in Graz, Leoben und Stainach suchten bei der Heeresverwaltung um Arbeitskräfte für projektierte und bereits vollständig finanzierte Alp- und Weidearbeiten nach. Da eine entsprechend fundierte Planung vorlag, nahmen 2400 Gefangene ihre Arbeitsplätze im Gebiet der Ober- und Mittelsteiermark ein. Mit der Fortdauer des Krieges verschlechterte sich die Lebensmittelversorgung im Land so sehr, daß wegen Nahrungsmittelmangels die Anzahl der durch die Agrarbehörden beschäftigten Kriegsgefangenen ständig zurückging. Im ganzen rodeten die Arbeiter 110 Hektar Land und wandelten es in Weidefläche um. Mit 47 Kilometer an neuen Gebirgswegen und Straßen erschlossen sie der Landwirtschaft dringend benötigte neue Almen. Viele der begonnenen Arbeiten konnten aus Geldmangel mit Heimkehr der Gefangenen nicht mehr weitergeführt werden und wurden erst in den zwanziger Jahren vollendet.¹⁴²

Neben der Nutzbarmachung von Almen und Wegen erfolgte auch über die Trockenlegung von Mooren die Gewinnung von neuem Kulturland. Durch derartige Arbeiten entstanden in ganz Österreich mehrere tausend Hektar neues Ackerland. Im Kronland Steiermark bestanden nur zwei derartige Arbeitsstellen, eine in Admont und die andere in Irnding. An der Kultivierung des zum Stift Admont gehörenden Mooregebietes arbeiteten 500 Kriegsgefangene. Sie legten 100 Hektar Boden trocken. Das zweite Moor mit einer Fläche von 216 Hektar legten Gefangene bei Irnding trocken.¹⁴³

Von einem anderen Projekt, dem Bahnausbau von Birkfeld nach Ratten, war die Militärbehörde leicht zu überzeugen. Von Weiz führte auf 24 Kilometer ein Schmalspurgeleise nach Birkfeld. Wollte man von dort weiter nach Ratten oder Rettenegg reisen, mußte die kaum passierbare Bezirksstraße benützt werden. Deren Zustand war mit ein Grund, daß diese beiden Orte von Niederösterreich aus leichter zu erreichen waren als von der steirischen Seite. Die verkehrstechnische Vernachlässigung dieser Region verursachte einen Abgang von Holz und Lebensmitteln in das Nachbarland Niederösterreich. Das Kronland, welches Stammaktien der Weiz-Birkfeld-Bahn hielt, war an einer Änderung der Situation sehr interessiert.¹⁴⁴

Mit dem Kriegseintritt Italiens unterstützte die Militärbauleitung Feldbach den Bahnbau, da zwei im Gebiet um Ratten gelegene italienische Holzhandelsfirmen unter Militärverwaltung gestellt worden waren und diese für Auftragsarbeiten der Südwestfront dringend benötigte große Holzvorräte besaßen. Aus Mangel an Kraftfahrzeugen kam für den Abtransport des Holzes und die Erschließung der Holzlager nur noch ein Schleppbahnbau in Betracht.¹⁴⁵

Unter der Voraussetzung der Beistellung von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte war die Finanzierung des Streckenbaues gesichert. Im April 1916 genehmigte das Kriegsministerium den Bau, und es konnte mit den Vorarbeiten begonnen

werden. Der Bau litt bis Kriegsende unter einem ständigen Arbeitskräftemangel. Anfänglich konnten keine Kriegsgefangenen anderenorts entbehrt werden, dann versagten die ersten Arbeiter, rumänische Gefangene, völlig und mußten gegen Russen ausgetauscht werden. Die versprochenen 1000 Arbeiter erhielt die Baustelle nie. Bis Herbst 1918, als das Projekt eingestellt werden mußte, war die Strecke zur Gänze trassiert, die Grundablösen geklärt und 6 der 24 Kilometer fertiggestellt.¹⁴⁶

Im Bergbau waren Kriegsgefangene neben der Kohlenförderung im Bereich um Feldbach auch bei Köflach, für die Graz-Köflach-Bahn, tätig. Bereits im Dezember 1914 standen Kriegsgefangene am Erzberg im Einsatz. 1800 Gefangene arbeiteten schließlich für die Alpine Montangesellschaft. 1917 kam es, verursacht durch die harte Arbeit und die schlechte Lebensmittelversorgung, zum krankheitsbedingten Ausfall einiger Arbeiter. Gerüchte um den Gesundheitszustand der Gefangenen führten zu einer Inspektion, in deren Folge ein Teil der Arbeiter vom Einsatz am Erzberg abgezogen wurde. Als Ersatz für diese Arbeitskräfte ersuchte die Gesellschaft um die Stellung von italienischen Gefangenen, da diese durch Lebensmittelpakete aus ihrer Heimat gut versorgt würden und daher ihre Ernährung sich einfacher gestaltete. Noch ein Jahr zuvor besuchte eine russisch-dänische Rotkreuzmission die Arbeitsstätten am Erzberg. Unter Führung einer russischen Großfürstin und in Begleitung des amerikanischen Botschaftssekretärs aus Petrograd verlief diese Kontrolle zur Zufriedenheit aller.¹⁴⁷ Mit Hilfe der russischen Arbeitskräfte konnte eine dringend benötigte Gesteinsortieranlage fertiggestellt und dadurch die Erzgewinnung gesteigert werden.¹⁴⁸

Der wohl ungewöhnlichste Einsatz von Kriegsgefangenen im Kronland Steiermark war jener von 40 serbischen Gefangenen bei Ausgrabungen in Flavia Solva. In Ermangelung eines ersichtlichen kriegswirtschaftlichen Nutzens lehnte die Militärverwaltung eine Übernahme der Verpflegungskosten jedoch ab.¹⁴⁹

Die folgenden beiden Grafiken zeigen die Verteilung der als Arbeitskräfte eingesetzten Kriegsgefangenen im Kronland Steiermark über einen Zeitraum von 19 Monaten. Besonders deutlich zeigt das Balkendiagramm der Grafik 1 die jahreszeitlich bedingten Schwankungen im Mannschaftsstand der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, der jeweils im Juli, August und September zur Erntezeit einen Höchststand erreichte. Ungefähr entgegengesetzt verhalten sich die Zahlen in den anderen Einsatzbereichen. Dies liegt darin begründet, daß bei Bedarf Arbeiter für die Landwirtschaft wenn möglich von anderen Arbeitsplätzen abgezogen wurden. Im Durchschnitt befanden sich 40.000 Kriegsgefangene pro Monat an diversen Arbeitsstellen in der Steiermark im Einsatz. In keinem anderen Land Cisleithaniens standen mehr Gefangene im Arbeitseinsatz.¹⁵⁰

Zählt man die Arbeiter der Militärwerkstätten Knittelfeld und Feldbach sowie jene der Pulverfabrik in Trofaiach zusammen, waren an diesen Orten über die Hälfte aller Kriegsgefangenen des Bereiches Gewerbe/Industrie beschäftigt.

¹⁴¹ Ebd., 36287; 1916, 30896 u. 31116.

¹⁴² Lazarini, Arbeiten der steirischen Agrarbehörden mit Kriegsgefangenen. In: Verordnungsblatt der Steiermärkischen Landesregierung, Nr. 16, 16.04.1919, S. 261 ff.

¹⁴³ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ackerbaumministerium 1915, Karton 154, L, Kriegsgefangene, 10639.

¹⁴⁴ Stmk. Landesarchiv, Abt. IV2 1916-3498.

¹⁴⁵ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1915, Abt. 8HB-63 349/9.

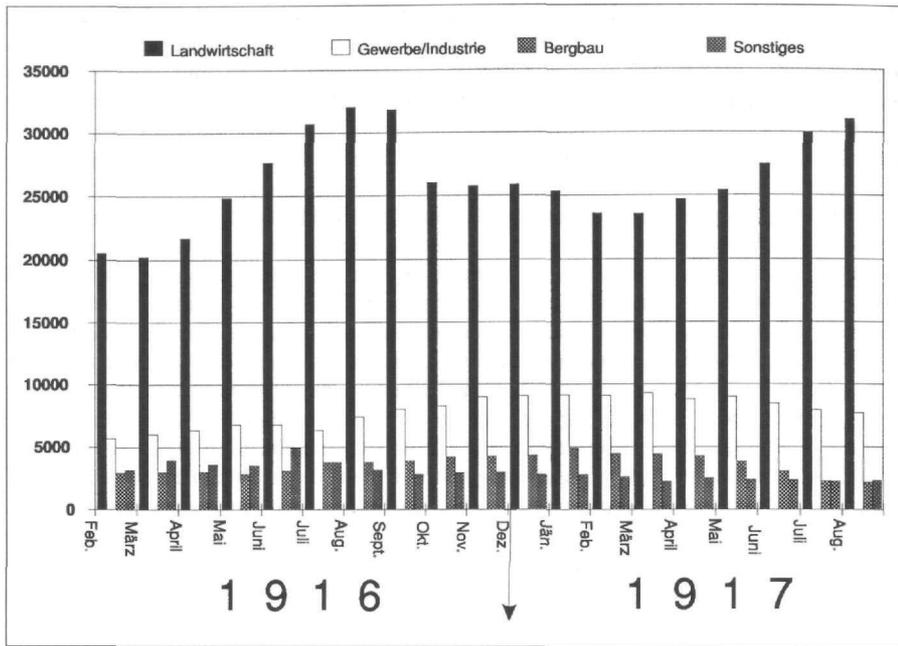
¹⁴⁶ Stmk. Landesarchiv, Abt. IV2 1916-3498.

¹⁴⁷ Gendarmeriechronik Posten Eisenerz; Kriegsarchiv, Militärkommando Graz, Präs. 1916-99 4/2.56; Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-10 9/136.

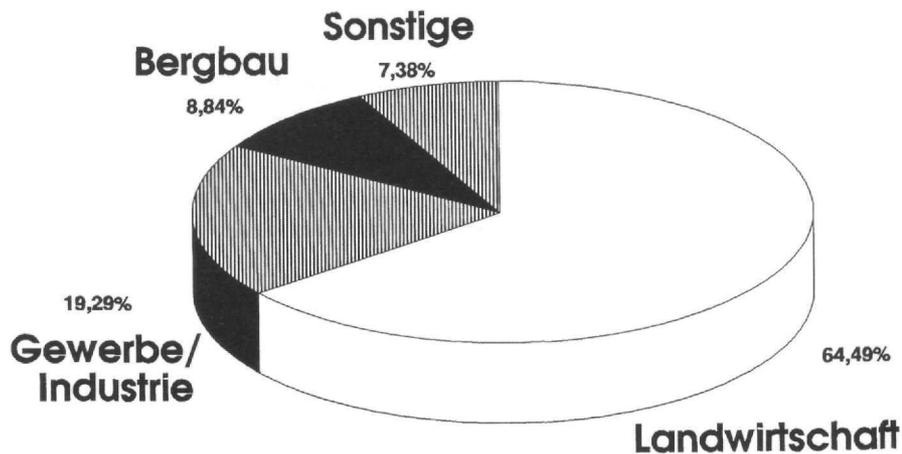
¹⁴⁸ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1917, Abt. 10Kgf-11/902.

¹⁴⁹ Stmk. Landesarchiv, Abt. VII 1915-39029.

¹⁵⁰ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1916-53798 u. 1917-40698.

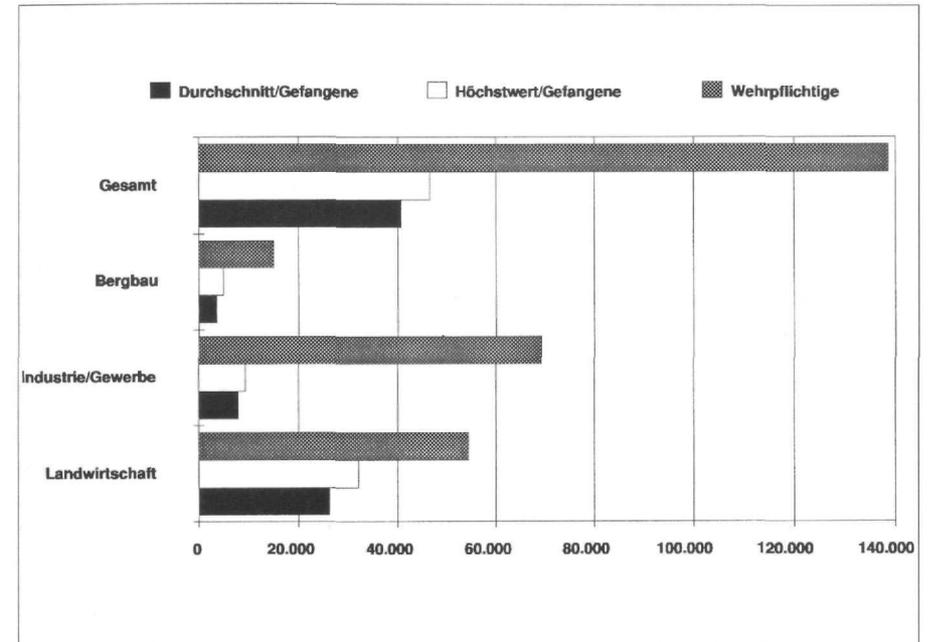


Grafik 1: Anzahl der im Kronland Steiermark beschäftigten Kriegsgefangenen, aufgeschlüsselt nach Arbeitsplätzen von Februar 1916 bis August 1917.



Grafik 2: Prozentuelle Aufteilung der Gefangenen von Februar 1916 bis August 1917.

Es ist schwer abzuschätzen, welchen wirtschaftlichen Wert die von Kriegsgefangenen geleistete Arbeit hatte. Die folgende Grafik soll diese Frage theoretisch beantworten. Ihr liegt die Annahme zugrunde, daß alle nach dem Wehrgesetz wehrfähigen steirischen Männer¹⁵¹ auch eingezogen wurden. Das Diagramm soll ungefähr anzeigen, in welchem Ausmaß zum Kriegsdienst herangezogene Arbeiter durch Kriegsgefangene ersetzt wurden.



Grafik 3: Vergleich zwischen den Wehrtüchtigen im Kronland Steiermark (1916) und den als Arbeiter eingesetzten Kriegsgefangenen (Februar 1916 bis August 1917).

Im gesamten betrachtet, fällt der Einsatz von Kriegsgefangenen als Ausgleich für den Arbeitskräftemangel nur bedingt ins Gewicht. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft jedoch spielte der Einsatz von Gefangenen eine bedeutende Rolle. Hier ersetzen sie unter den angenommenen Bedingungen die Hälfte aller eingerückten Landarbeiter. Damit steht ihre Bedeutung für die Nahrungsmittelproduktion des Landes außer Frage, da im Falle, daß es keine Kriegsgefangenen als Arbeitskräfteersatz gegeben hätte, diese Lücke durch Kinder, Frauen und beurlaubte Soldaten kaum zu schließen gewesen wäre.

Die große Anzahl an in der Steiermark eingesetzten Kriegsgefangenen kann nicht mit den Lagerstandorten in Zusammenhang gebracht werden, da in anderen österreichischen Ländern mit reinen Kriegsgefangenenlagern keine annähernden

¹⁵¹ Wehrfähig waren alle Altersgruppen vom 19. bis 42. Lebensjahr. Als Beobachtungsgruppe wurden für die im Diagramm angeführten Berufsgruppen jeweils jene männlichen Arbeiter, Tagelöhner und Lehrlinge herangezogen, welche im Jahr 1916 das wehrfähige Alter erreicht oder nicht überschritten hatten. Als Grundlage dienten die Angaben der „Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910“.

Zahlen für denselben Zeitraum nachzuweisen sind. Als eine mögliche Erklärung käme das Interesse der politischen Behörden und der Christlich-sozialen Partei für die Verwendung von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte, insbesondere in der Landwirtschaft, in Betracht.

Auf jene zahlreichen Projekte im öffentlichen Interesse, mit der die Statthalterei das Ackerbauministerium überschwemmte, wurde bereits eingegangen. Den Anfang der politischen Auseinandersetzungen um den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen eröffnete im Dezember 1915 die christlich-soziale Landesparteileitung. Obmann Hagenhofer trug namens seiner Partei den verantwortlichen Stellen, darunter dem Ministerium für Inneres, seine Bedenken an einer Verordnung des Oberkommandos der Südwestfront vor. Bereits einen Monat zuvor veröffentlichten die christlich-sozialen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten von Mittel- und Obersteiermark ihre Forderung, daß bei einem Einsatz von Kriegsgefangenen auf die Verschiedenheit der Verhältnisse unter der ländlichen Bevölkerung Rücksicht genommen werden müsse.¹⁵² Gegen diesen Beschluß verstieß nach Meinung Hagenhofers die neueste Anordnung des Oberkommandos.

Die militärische Führung glaubte nämlich, gezwungen zu sein, per Erlaß die engen Kontakte zwischen Gefangenen und Zivilisten zu unterbinden. Gegen diese Sorge der Armee brachte der Parteiohmann der Christlich-Sozialen seine Bedenken schriftlich vor. Er verwies auf den Arbeitermangel, der bereits vor dem Krieg ein Problem für die Landwirtschaft darstellte, und begrüßte den Einsatz von Gefangenen bei Landwirten, merkte aber an, daß die nun getroffenen Verfügungen den Bedürfnissen der bäuerlichen Bevölkerung nicht entsprächen. Die gemeinsame Unterbringung der Gefangenen und das Verbot der Einzeleinquartierung führte er als wenig sinnvoll an. Die Regelung, wonach die Arbeiter erst um 8 Uhr früh am Arbeitsort einzutreffen hätten und diesen bis spätestens 19 Uhr wieder verlassen müßten, machte deren Arbeit für viele Bauern in abgelegeneren Anwesen überflüssig, da die Tierfütterung und das Melken bereits um 5 Uhr beginne. Die Begründung für diese Anordnung, die Zivilbevölkerung und insbesondere Mädchen pflegten zu engen Kontakt mit den Kriegsgefangenen, ließ Hagenhofer nicht gelten, indem er meinte: „... (es könne) für die Bewertung der Kultur der österreichischen Zivilbevölkerung, insbesondere der Bauernschaft, nicht nachteilig sein, wenn ihr selbst die Gegner nachsagen müssen, daß sie ihre Kriegsgefangenen anständig und menschlich behandelt habe.“¹⁵³ In seinem mehrseitigen Schreiben erklärte er weiters, daß das Verbot der Abgabe von Milch an Gefangene direkt in den traditionellen Lebensablauf eines Teiles der steirischen Landbevölkerung eingreife. Durch diese Verordnung seien Arbeitgeber gezwungen, für die Gefangenen separates Essen zuzubereiten, da Milch im ländlichen Bereich mit vielen alltäglichen Speisen genossen werde. Daher forderte die Partei die Aufhebung des Milchabgabeverbotes und ersuchte in ihrem Schreiben, vor der Festlegung derartiger Verordnungen die Meinung von Fachleuten einzuholen. Hagenhofer wäre kein Politiker, hätte er den Anlaß nicht gleich für eine Kritik an der Verwaltung im Umgang mit den, wie er meinte, schon so lange vernachlässigten Bauern genützt.¹⁵⁴ Der letzte Absatz wurde im Kriegsministerium trotz seines provokanten Untertons ohne Reaktion zur Kenntnis genommen.

¹⁵² Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1916-3879.

¹⁵³ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-1518.

¹⁵⁴ Ebd.

Das Ministerium widersprach der Darstellung der Steirer und wies auf die sehr wohl bestehende Möglichkeit einer Einzelabgabe von Gefangenen hin, wobei man die erhöhte Fluchtgefahr und die moralische Gefährdung der Bevölkerung bewußt in Kauf nehmen würde.¹⁵⁵ Zur Frage der Milchabgabe wurde angemerkt, daß für derartige Bestimmungen die Zivilbehörden zuständig seien und niemand einem Kriegsgefangenen verbieten könne, Milch zu trinken, wenn ihm diese angeboten würde.¹⁵⁶

Bereits zwei Monate später versandte die Parteileitung durch ihren Obmann ein 14 Punkte umfassendes Kritiks Schreiben mit neuerlichen Änderungswünschen bezüglich des Kriegsgefangenenwesens. In den Punkten betreffend die Hinterlegung einer Kautions für jeden kriegsgefangenen Arbeiter und die regelmäßigen Arztbesuche, unterstützte die Statthalterei das Anliegen der Partei.¹⁵⁷ Doch die gemeinsame Vorgangsweise blieb ohne Erfolg, da das Ministerium die Ansicht vertrat, in Härtefällen müsse eben die Gemeinde die Kautions stellen, und man sei nicht bereit, diese Beschlüsse nur wegen der Proteste aus der Steiermark zurückzunehmen.¹⁵⁸

Die Einstellung der Unterstützungszahlungen für die Verpflegung der Gefangenen auf ihren Arbeitsstellen veranlaßte Hagenhofer zur Aussage, daß kein kriegerischer Mißerfolg so weh getan hätte wie die fraglichen Bestimmungen.¹⁵⁹ Durch diesen Ausspruch sah sich der k. k. Landesverteidigungsminister genötigt, den Statthalter in der Steiermark aufzufordern, Hagenhofer in die Schranken zu weisen.¹⁶⁰

Als im Jahr 1917 die Verlegung eines Großteils der Gefangenen aus der Steiermark erfolgen sollte, wandten sich die Reichsratsabgeordneten des Kronlandes an den Ministerpräsidenten, um diesen Schritt zu verhindern.¹⁶¹

Ohne Zweifel stand hinter den Einwänden Hagenhofers politisches Kalkül. Dies läßt sich aus den Formulierungen in seinen Schreiben ablesen. Dennoch muß angemerkt werden, daß einige der angeführten Kritikpunkte durchaus berechtigt waren. In diesen Konflikten spiegelt sich das Dilemma des Kriegsgefangenenwesens wider. Zum einen konnte man auf die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen nicht verzichten, zum anderen wollte man jeden zu engen Kontakt mit der Bevölkerung vermeiden. Viele der getroffenen Verordnungen entsprachen dem Wunsch nach einer einheitlichen Regelung für alle Bereiche im ganzen Land, was aber praktisch nicht durchführbar war.

Auf das Problem der mangelnden Distanz der Zivilbevölkerung gegenüber den gefangenen Feinden machte bereits kurz nach Kriegsbeginn das Militärkommando Graz die Statthalterei in einem Schreiben aufmerksam und ersuchte diese, auf die Bevölkerung dahin gehend einzuwirken, daß diese den verwundeten Feinden nicht weiterhin eine völlig unangebrachte Anteilnahme und Fürsorge zukommen lasse.¹⁶²

Während der vier Kriegsjahre sah sich die Militärverwaltung immer wieder gezwungen, mittels Verordnungen die Verhältnisse zwischen Kriegsgefangenen und ihrer Umgebung zu regeln. Insbesondere Frauen, denen sexuelle Kontakte mit Gefangenen nachgewiesen werden konnten, mußten mit harten Strafen rechnen. Allen

¹⁵⁵ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-10 11/8.149; zu dieser Stellungnahme muß ergänzend hinzugefügt werden, daß in der betreffenden Vorschrift die Einzelabgabe nur in besonderen Ausnahmesituationen gestattet war.

¹⁵⁶ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-11/8.24.

¹⁵⁷ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1916-10267.

¹⁵⁸ Kriegsarchiv, Kriegsministerium 1916, Abt. 10Kgf-10 11/8.73.

¹⁵⁹ Ebd., 10 11/8.149.

¹⁶⁰ Ebd., 10 11/8.187.

¹⁶¹ Allgemeines Verwaltungsarchiv, k. k. Ministerium für Inneres 1917-65752.

¹⁶² Stmk. Landesarchiv, Statthalterei, Präs. 1914, Abt. 5 b-2037.

Erlässen zum Trotz kam es immer wieder zu Beziehungen zwischen Mädchen und Gefangenen. Das sichtbare Ergebnis solcher patriotischen Pflichtverletzung nannte der Volksmund „Russenkinder“¹⁶³. Der zeitgemäßen moralischen Verpflichtung einer Eheschließung konnte der Gefangene während des Kriegszustandes mit seinem Vaterland nicht nachkommen, dies war laut Gesetz verboten. Nach dem Waffenstillstand mit Rußland waren Eheschließungen durchaus möglich. Die „Murtaler Zeitung“ berichtete von einer solchen Hochzeit zwischen einem gefangenen Russen und einer Knittelfelderin.¹⁶⁴

In ihren Erinnerungen schreibt Irene Mylius über ihre russischen Hilfskräfte: „... besonders die beiden Ivans – der eine Kellner, der andere Mechaniker von Beruf – machten sich vielfach nützlich und beliebt ... Rührend war ihre Freude, als wir ihnen eine kleine Weihnachtsfeier machten ...“¹⁶⁵.

Das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern in der Landwirtschaft und den ihnen zugeteilten Soldaten beruhte sicherlich auch auf der guten Arbeitsmoral der Gefangenen, insbesondere der russischen. Die bäuerliche Tradition sah das Gesinde immer als zum Hof gehörig, und beengte räumliche Verhältnisse machten eine Trennung der Bewegungsräume von Arbeitgeber und Gefangenen oft nicht möglich. Die ländliche Welt sah im Kriegsgefangenen sicher in erster Linie den für sie so überaus wichtigen Tagelöhner, und nicht, wie es die Propaganda gerne gesehen hätte, den Feind. In vielen bäuerlichen Familien ersetzte der Gefangene die Arbeitskraft des eingezogenen Gatten oder Sohnes; daß bei einem längeren Aufenthalt am Hof und einem entsprechend freundlichen Verhalten der fremde Soldat eine Ersatzfunktion innerhalb der Familie leistete, ist nicht von der Hand zu weisen. Viele Familien mußten auf die gute Behandlung ihrer gefangenen Familienmitglieder durch den Feind hoffen und transponierten die erhoffte Situation für den Angehörigen in den zugeordneten Kriegsgefangenen. Nach Durchsicht der Quellen kann gesagt werden, daß das Verhältnis zwischen Kriegsgefangenen und Privatpersonen ein sehr gutes war. Dies läßt sich derart generalisiert für den Bereich von kleinen Arbeitsgruppen und deren direktem Kontakt zu ihrem Arbeitgeber sagen sowie zu alltäglichen Kontakten zwischen Zivilisten und gefangenen Arbeitern.

8. Die Auflösung der Lager

Im November 1918 erteilte der Staatsrat dem Staatssekretär für Kriegs- und Übergangswirtschaft die Vollmacht, alle Maßnahmen zu treffen, die für eine Übernahme der in der Verwaltung des Kriegsministeriums stehenden Industriebetriebe durch Deutschösterreich als notwendig erschienen. Gleichzeitig beschlagnahmte die Republik alle Demobilisierungsgüter und betraute mit deren Erfassung und Verteilung das deutschösterreichische Materialverwertungsamt. Die Verwertung der Güter fiel in den Aufgabenbereich der für diesen Zweck gegründeten deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, welche als Handelsgesellschaft im Register des Handelsgerichts Wien eingetragen wurde. Ihre Tätigkeit erfolgte ausschließlich nach kommerziellen Grundsätzen. Um der Hauptanstalt ihre Aufgabe zu erleichtern, untergliederte man sie anfangs in 22, letztlich in 37 Verwertungs-

stellen, welche gleich den Zentralen während des Krieges die Bewirtschaftung einzelner Gütergruppen innehatten.¹⁶⁶

Die Interessen der Wiener Hauptanstalt vertrat in der Steiermark die „Steiermärkische Landes-Einkaufsstelle bei der Landesregierung, Sachabrüstung“. In Sitzungen einer eigenen Kommission der Landesregierung erfolgte die Zuerkennung von Demobilisierungsgütern. Bei diesen Entscheidungen mußte eine gewisse Reihung der Interessenten eingehalten werden. An erster Stelle stand das Staatsamt für Heerwesen, welches das Recht hatte, alle für das neue Heer notwendigen Materialien zu beanspruchen. Ihm folgten staatliche Stellen und öffentliche Anstalten. An vierter Stelle standen private Anstalten für Krankenpflege und Fürsorge und an letzter Stelle der gewerbliche Handel.¹⁶⁷ Rechtlich bedeutend war, daß sich die Landes-Einkaufsstelle nicht als Rechtsnachfolger der Lagerkommanden sah und daher alle offenen Forderungen aus der Kriegszeit abweisen konnte.

Die zuständigen Stellen waren sich einig, daß den von der Errichtung von Barackenlagern betroffenen Gemeinden ein Vorrecht beim Erwerb von Gebäuden und Materialien eingeräumt werden sollte.¹⁶⁸

8.1. Das Lager Knittelfeld

Mit dem Waffenstillstand war im Barackenlager Ruhe eingekehrt. Zwar zogen ständig Truppenteile aller Nationalitäten durch die Stadt heimwärts, aber das Lager blieb hiervon unberührt. Am 1. November sperrten geschlossene Truppenreste die Durchzugsstraße und nahmen den Durchziehenden aus Sicherheitsgründen die Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenstände ab, welche dann in leerstehenden Baracken des Lagers gesammelt wurden. Die Sachdemobilisierung übernahm den Bestand, soweit er bis zur offiziellen Übernahme nicht gestohlen war.¹⁶⁹

Um die Jahreswende hatte bereits alles Militärpersonal das Barackenlager verlassen. Österreichische Soldaten hatten vergeblich versucht, den Spitalsbetrieb noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten. Den Schutz der Einrichtung und die Bewachung des Lagers übernahm die Sicherheitswehr Knittelfeld mit 243 Mann unter dem Kommando von 13 Offizieren.¹⁷⁰

Noch vor der offiziellen Übergabe des Lagerbereiches an die Landesregierung kaufte der Gemeindevorstand bereits Gegenstände und Bedarfsgüter aus dem Lager und der Bergstelle. Die Stadt richtete eine eigene Kommission für die Übernahme des Lagers ein. Durch ihre wirtschaftlichen und räumlichen Interessen an dem aufgelassenen Lager zog die Gemeinde kurzzeitig den Ankauf der gesamten Fläche in Erwägung, scheiterte jedoch an der Finanzierung. Im Frühjahr 1919 beschloß der Gemeindevorstand, sich an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Aufgabe die Weiterführung des Werkstättenbetriebes der Militärbauleitung sein sollte, zu beteiligen.¹⁷¹ Bis zur endgültigen Klärung der Frage um die Zukunft der Werkstätten vergingen noch zwei Jahre. Im Oktober 1920 übernahm die neugegründete Gesellschaft den Werkstättenbetrieb. Neben der Stadtgemeinde war die „Alpen-

¹⁶⁶ Mitteilungen der Deutschösterreichischen Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, Nr. 1, 25. Jänner 1919, S. 1.

¹⁶⁷ Stmk. Landesarchiv, Sachabrüstung 1918-24, Abt. VI4 1919-10180.

¹⁶⁸ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Karton 1, 24/3/13.

¹⁶⁹ Irene Mylius, Kriegszeit in Sachendorf, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 259.

¹⁷⁰ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres), Karton 1, 24/3/15.

¹⁷¹ Murtaler Zeitung, Nr. 10, 8. März 1919, S. 3.

¹⁶³ Gendarmeriechronik Posten Kalsdorf.

¹⁶⁴ Murtaler Zeitung, Nr. 34, 24. August 1918, S. 4.

¹⁶⁵ Irene Mylius, Kriegszeit in Sachendorf, in: Waldhuber Heinz, Spielberg, Spielberg 1985, S. 254.

ländische Forstbetriebs- und Holzindustriegesellschaft“, mit Sitz in Wien, ein weiterer Teilhaber. Der auf vorerst zehn Jahre geplante Betrieb in Teilen der ehemaligen Lagergruppe B, erhielt die Bezeichnung „Industriewerke Knittelfeld“¹⁷². Als Auflage hatte der neue Betrieb 15 Angestellte und 20 Arbeiter der Werkstätten zu übernehmen und durfte die Produktion innerhalb der folgenden drei Jahre nur mit Genehmigung der Landesregierung stilllegen.¹⁷³

In dem neuen Werk waren 30.000 Festmeter Holz als Jahresproduktion geplant. Als Betriebsfläche legte eine Kommission vier Hektar ehemaliger Lagerfläche fest. Für eine Kistenproduktionsstätte berücksichtigte man weiteren Raum. Die Eigentümer der Grundstücke erhielten zusätzlich zur Kriegsentschädigung für die weitere Nutzung eine jährliche Pacht ausbezahlt. Den Pachtvertrag schloß der neue Betrieb auf fünf Jahre, mit anschließender Option auf einen Ankauf, ab.¹⁷⁴ In der Folge übernahm eine englische Firma den Werkstättenbetrieb. Zu diesem Zeitpunkt stand ein Sägewerk in Betrieb, und es wurden Holzwole und Kisten erzeugt. Die neue Möbeltischlerei hatte ihren Betrieb nicht lange aufrechterhalten können. Aus wirtschaftlichen Gründen zogen sich die englischen Unternehmer bald wieder zurück.

Der Plan des Bezirkswirtschaftsamtes, die Eigenwirtschaft des Lagers weiterzuführen und so mehr Milch für die Versorgung von Knittelfeld zu produzieren, scheiterte an der mangelnden Rentabilität des Projektes.¹⁷⁵

Im Gegensatz zu den beiden anderen Kriegsgefangenenlagern bekundete das Staatsamt für Heerwesen nur geringfügige Ansprüche am Mobiliar einiger Baracken und erklärte, kein weiteres Interesse am Lager Knittelfeld zu haben.¹⁷⁶ Dies machte ein Disponieren um die Zukunft des Lagers leichter. Die Baracken sollten helfen, die bereits seit längerem in Knittelfeld bestehende Wohnungsnot zu lindern. Bei Kriegsende hatte die Stadt über 12.000 Einwohner und keine einzige leerstehende Wohnung. Daher entschloß sich die Gemeinde, in Zusammenarbeit mit dem Staatsamt für soziale Fürsorge Notstandswohnungen in alten Unterkunftsbaracken einzurichten.¹⁷⁷ Die Zahl der solcherart Einquartierten wuchs bis Ende 1919 auf 1150 an. Von einem Architekten wurde sogar der Bau einer Gartenstadt auf den eingeebneten Lagergründen angeregt. Als das neue Heer eineinhalb Jahre nach Übergabe des Lagers um Überlassung einiger Möbelstücke ansuchte, konnte diesem Wunsch nicht mehr nachgekommen werden, da die neuen Mieter diese bereits mit Beschlag belegt hatten. Zwei Baracken übernahm die Staatsbahndirektion Villach als Notwohnungen für Eisenbahner. Bis Oktober 1920 stand das D-Lager in Verwendung des Staatsamtes für Verkehrswesen und der Lagerteil C in der des Staatsamtes für soziale Verwaltung.

Ausgenommen von der Rückstellung waren Brunnenanlagen, Betriebsflächen und ähnliches.¹⁷⁸ Kanalisation, Wasserleitungen, Straßenanlagen, Wege und Plätze gingen in die Verwaltung der Gemeinde über.¹⁷⁹ Die ehemalige Bergestelle kaufte

die Stadt Knittelfeld samt den dort gelagerten Textilien, welche 1920 öffentlich verkauft wurden.¹⁸⁰

Den Grundeigentümern wurden, entsprechend den Verträgen aus der Kriegszeit, insgesamt 300.000 Kronen an Entschädigung für in Anspruch genommene Grundstücke ausbezahlt.¹⁸¹

Das von der Gemeinde übernommene Schwimmbad stand noch lange nach Kriegsende in Betrieb, nicht mehr nur für Offiziere, sondern für die gesamte Bevölkerung. Das ehemalige Dampfbad in der Badgasse bestand bis vor kurzem als letztes erhalten gebliebenes Gebäude des alten Lagers. Eine Zeitlang diente es zweckentfremdet als „Volksheim II“. 1945 bestand noch ein knappes Dutzend der ehemaligen Lagerobjekte,¹⁸² von denen das letzte 1976 niederbrannte.

8.2. Das Lager Feldbach

Um die Jahreswende 1918/19 bewachten drei verschiedene bewaffnete Einheiten, das Marinekorps aus Puntigam, das Volkswehrebataillon Nr. 3 und Angehörige der Sicherheitswehr, mit zusammen 280 Mann das ehemalige Barackenlager.¹⁸³

Bereits kurz nach Unterzeichnung des Waffenstillstands im November 1918 erklärte eine Kommission unter Führung des Reichsratsabgeordneten Einspinner das Lager zum Staatsgut der neuen Republik,¹⁸⁴ und am 14. Februar 1919 wurde das Lager Feldbach offiziell in die Verwaltung der Landesregierung übergeben, so daß die Landes-Einkaufsstelle mit der Auflassung des Lagers beginnen konnte. Ausgenommen von einer Verwertung durch das Land waren Materialien für den Bedarf der neuen Volkswehr und Einrichtungsgegenstände des Lagerspitals, welche vom Staatsamt für Volksgesundheit übernommen wurden. Die Aufteilung des Spitalinventars übertrug das Amt dem Sanitätschef beim Volkswehrkommando in Graz. Zum fortgesetzten Schutz des Lagers unterstellte man die neue Wachabteilung bis auf weiteres der Landesregierung.¹⁸⁵

Vier Monate später füllte sich das Barackenlager mit neuem Leben. Vor der Räterepublik Bela Kuns aus Ungarn geflohene Offiziere, Mannschaften und Zivilisten, an die 5000 Personen, wurden im Lager vorübergehend interniert.¹⁸⁶

Den wesentlichsten Konfliktpunkt für die Lagerauflösung stellte die Grundbesitzfrage dar. Bereits vor der Übernahme des Lagers durch das Land teilte die Feldbacher Filiale der landwirtschaftlichen Gesellschaft der Landesregierung die Vorstellungen der Grundbesitzer mit. Die Eigentümer der Parzellen, auf welchen die Militärwerkstätten betrieben wurden, waren bereit, ihren Grund zu verkaufen, alle anderen Eigentümer bestanden auf einer Rückgabe ihres Bodens, um diesen wieder landwirtschaftlich zu nutzen. Die gleiche Haltung nahmen die Besitzer der Lager-

¹⁷² Ebd., Nr. 41, 9. Oktober 1920, S. 3.

¹⁷³ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Karton SD 1/153, Schreiben vom September 1920.

¹⁷⁴ Ebd., Verhandlungsschrift vom 18. März 1921.

¹⁷⁵ Murtaler Zeitung, Nr. 3, 18. Jänner 1919, S. 3.

¹⁷⁶ Archiv der Republik, Staatsamt für Heerwesen, Referat Sachdemobilisierung 1919, intern, Karton 404, 2066.

¹⁷⁷ Murtaler Zeitung, Nr. 10, 8. März 1919, S. 3.

¹⁷⁸ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Karton SD 1/153, nach einem Plan der Verhandlungsschrift vom 22. Oktober 1920.

¹⁷⁹ Murtaler Zeitung, Nr. 10, 8. März 1919, S. 3.

¹⁸⁰ Ebd., Nr. 40, 4. Oktober 1919, S. 4.

¹⁸¹ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Karton SD 1/153, ohne Aktenzahl.

¹⁸² Vortragsmanuskript aus dem Jahr 1945, Kopie freundlichst überlassen von Herrn Franz Adolf Wilhelm aus Knittelfeld.

¹⁸³ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Karton 1, 24/3/15.

¹⁸⁴ Stmk. Landesarchiv, Statthaltereirei, Präs. 1918, Abt. 5b-2978.

¹⁸⁵ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Faszikel 7, 4880.

¹⁸⁶ Gramsug R., 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984, S. 299 f.

gründe in Mühldorf ein.¹⁸⁷ Es oblag den Zivilbehörden, die seinerzeit von den Militärbehörden ausgehandelten Vertragsbedingungen zu exekutieren. Vertraglich stand den Grundbesitzern für den Fall, daß die Felder nicht in ihren ursprünglichen Zustand rückversetzt würden, eine entsprechende finanzielle Abgeltung des Schadens zu. Zwar verwies die zuständigen Stellen auf den Umstand, daß sich die Republik Deutschösterreich nicht als Rechtsnachfolger der Monarchie sah, jedoch war das Land bemüht, unnötige Härten zu vermeiden und mit den Grundeigentümern zu einer gütlichen Einigung zu gelangen. Als hinderlich für eine schnelle Einigung erwiesen sich die unterschiedlichen Vorstellungen über die Höhe der Entschädigungssumme. Hinzu kam, daß man längere Zeit bezüglich des Hauptlagers nicht genau wußte, welche Lagerteile abgetragen und welche erhalten bleiben sollten. Durch diese offene Frage änderten sich ständig die Grundstücksabgrenzungen der rückzuüberstellenden Flächen. Während die Grundentschädigungsfrage in Knittelfeld großteils bereits Ende des Jahres erledigt war, zogen sich die Verhandlungen in Feldbach in die Länge.

Zur Vereinfachung der Entschädigungsverhandlungen leitete man ein Zusammenlegungsverfahren ein. Durch diese Vorgangsweise ersparten sich die zuständigen Stellen zähe Einzelverhandlungen. Es wurde ein Entschädigungshöchstsatz pro Quadratmeter Grund für alle Verhandlungen in der Steiermark festgelegt. Dieser betrug im Falle einer völligen Entwertung eines Grundstückes durch Lagerbauten eine Krone. Zur Erleichterung der Abwicklung aller Ansprüche setzte eine Kommission nach Bewertung der Gesamtfläche lediglich die Höhe eines angebrachten Pauschalbetrages fest. Mit seiner Unterschrift unter das Verhandlungsprotokoll verzichtete der jeweilige Grundbesitzer auf etwaige spätere Rechtsansprüche gegenüber dem Land. Mit der Aufteilung der Summe wurden zwei Vertrauensmänner beauftragt. Gegen eine wie auch immer geartete Entscheidung dieser beiden Vertrauensmänner gab es keine Einspruchsmöglichkeit.¹⁸⁸ Der Höchstbetrag kam jedoch nie zur Auszahlung. In Feldbach betrug die letztendlich festgelegte Summe im Schnitt 12 Heller pro Quadratmeter, in Knittelfeld lag der Schnitt bei 45 Heller. Insgesamt kamen 250.000 Kronen bis Dezember 1921 zur Auszahlung.¹⁸⁹

Bezüglich des Nebenlagers Feldbach kamen Behördenvertreter und Eigentümer schon ein Jahr nach Kriegsende zu einer Einigung. Der zu Entschädigende durfte zwischen einer Barauszahlung oder Abbruchmaterial im selben Wert wählen. Auf Materialien aus den Abbrucharbeiten erteilte man den geschädigten Grundeigentümern als Entschädigung für alle Unannehmlichkeiten ein Vorkaufsrecht für Mengen des Eigenbedarfs. Für Schäden durch Wege und Bahnanlagen überließ die Sachdemobilisierung den von solchen Bauten Betroffenen die Bahnschwellen kostenlos¹⁹⁰ unter dem Blickpunkt, daß eine Entfernung der Schwellen zu teuer käme.

Während der gesamten Verhandlungsdauer über die Verwertung des Lagers hatte die Sachdemobilisierung, da sie das Barackenlager offiziell übernommen hatte, den vertraglich festgelegten Pachtzins zu bezahlen. Bis zur endgültigen Auf-

¹⁸⁷ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Faszikel 7, 4880, Schreiben vom 5. Februar 1919.

¹⁸⁸ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Faszikel 119, ohne Aktenzahl, Verhandlungsschrift vom 22. November 1919 (Mühldorf); 3. März 1920 (Feldbach).

¹⁸⁹ Ebd., 1405 u. 5126.

¹⁹⁰ Ebd., Verhandlungsschrift vom 22. November 1919 u. 1370/21.

lösung des Lagers leistete der Staat über 50.000 Kronen an Zahlungen an die Grundbesitzer.

Die Wünsche der Stadt Feldbach wurden frühzeitig definiert und an die Landesregierung weitergeleitet. Man wollte das Militärschlachthaus käuflich erwerben, und sollte das Land an dem Steinbruch kein Interesse zeigen, könnte ihn die Bezirksverwaltung übernehmen und so Stadt und Bezirk mit Schotter versorgen. Die ehemalige Militärwerkstätte sollte als Zentrum der zukünftigen Industriezone an Industrielle verkauft werden.¹⁹¹

Dem ersten Wunsch konnte ohne Probleme nachgekommen werden. Über Ermächtigung des Staatsamtes für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten erwarb die staatliche Straßenverwaltung den Basaltsteinbruch,¹⁹² welcher in der Folge in privaten Besitz überging und noch heute ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Bezirk ist. Erst 1974 legte man die sechzig Jahre zuvor von Kriegsgefangenen errichtete Seilbahn still.¹⁹³ Komplizierter gestaltete sich die Planung über die Zukunft der Militärwerkstätten.

Bis 1920 arbeiteten die seinerzeit von der Lagerverwaltung angestellten Tischler weiterhin in der Möbelproduktion. Wegen zu hoher Produktionskosten und somit zu teuren Verkaufspreisen fanden die Produkte nur geringen Absatz, und die Erzeugung mußte eingestellt werden. Die so arbeitslos gewordenen Lagertischler gründeten eine eigene Gesellschaft mit dem Firmennamen „Erste österreichische Produktionsgenossenschaft der Tischler“ und erwarben von der Landesregierung drei Baracken als neue Produktionsstätte.¹⁹⁴ Kurzzeitig bemühten sich Privatpersonen durch die Ausgabe von Anteilsscheinen in der Höhe von 5.000 Kronen, das Kapital für den Erwerb der Lagerwerkstätten aufzubringen.¹⁹⁵

1920 hinterlegte eine Schweizer Firma für das Sägewerk einschließlich der dazugehörigen Schlepplahn ein Anbot von eineinhalb Millionen Kronen.¹⁹⁶ Als weiterer Interessent traten die „Feldbacher Holzwerke“ auf. Den Zuschlag erhielt der Industrielle Quide aus Graz, welcher auch Direktor der Holzwerke war. Er übernahm das Lagersägewerk, das Maschinenhaus, fünf Baracken und 500 Meter Schmalspurgeleis.¹⁹⁷ Durch diese Vorgangsweise fühlte sich die Schweizer Immobilien AG. übergangen und drohte der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung mit einer Millionenklage. Durch eine außergerichtliche Einigung konnte die Klage abgewendet werden, und die Schweizer erhielten als Entschädigung 1800 Kubikmeter Schnittholz aus den Lagerbeständen zu einem günstigen Preis.¹⁹⁸

Um die Bahngeleise und das Rollwagenmaterial führte die Landesregierung langwierige Verhandlungen mit der Sachdemobilisierung. Insbesondere die Preisverhandlungen gestalteten sich schwierig. Der Eisenbahnausschuß behauptete, seinerzeit mit dem Kriegsminister eine mündliche Vereinbarung getroffen zu haben, wonach die Anlage zum Herstellungspreis der Feldbach-Gleichenberg-Bahn überlassen werde. 1922 erwarb schließlich die Landesregierung die regelspurige Anlage

¹⁹¹ Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Faszikel 7, 4880.

¹⁹² Stmk. Landesarchiv, Finanzprokuratur Graz 1915, 5751, S. 149.

¹⁹³ Prassl Johann, Mei Hoamat zwischen Raab und Gleichenberg, Mühldorf 1988, S. 182.

¹⁹⁴ Oststeirische Volkszeitung, 25. April 1920, S. 2, u. 19. Dezember 1920, S. 2.

¹⁹⁵ Ebd., 14. Dezember 1919, S. 3.

¹⁹⁶ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Faszikel 119, 6594.

¹⁹⁷ Ebd., ohne Aktenzahl.

¹⁹⁸ Archiv der Republik, Bundesministerium für Finanzen, Sachdemobilisierung, Faszikel 119, ohne Aktenzahl, Schreiben vom 18. November 1921.

um mehrere Millionen Kronen zugunsten der Feldbach-Gleichenberg-Bahn. Diese erhielt jedoch die Auflage, dem Land in den Folgejahren die Kaufsumme rückzuerstatten, ansonsten würde die Anlage abgetragen werden.¹⁹⁹

Durch das Landeseisenbahnamt wurde der Feldbahnhof zur Eisenbahnreparaturwerkstätte umgewandelt und die Maschinen der restlichen Werkstättenbetriebe dorthin gebracht. In den Jahren 1927 bis 1931 kam es endlich zur Verwirklichung des Bahnbaues von Feldbach nach Gleichenberg. Die ursprünglich geplante Linie bis Radkersburg war durch die veränderte politische Situation nicht mehr sinnvoll, da der militärische Aspekt einer Parallelstrecke zur Südbahn wegfiel. Die Streckenführung nahm ihren Anfang auf dem von der Militärbauleitung begonnenen Normalspurgleise und folgte fast der im Krieg geplanten Trasse. Die Tunnelprojekte kamen aus Kostengründen nicht zur Ausführung, wodurch die Bahn heute teilweise eine Steigung von 41 Prozent überwinden muß.²⁰⁰ Der ehemalige Lagerbahnhof übernahm die Rolle eines Lokalbahnhofs der Steirischen Landesbahnen.

Die Vorgänge um die Lagerverwertung beschäftigten auch den Steiermärkischen Landtag. Der volkswirtschaftliche Ausschuß plante, Arbeitskräfte der Umgebung für die Abbrucharbeiten einzustellen, um diesen dadurch keine Arbeitslosenunterstützung auszahlen zu müssen. Jeder Arbeiter erhielt 16 Heller pro Tag. Zum einen verschlangen die Löhne einen Großteil des Verkaufserlöses, zum anderen lockte die leichte und gut bezahlte Arbeit bäuerliche Dienstboten des Bezirkes in das Lager, und dadurch vergrößerte sich der bereits bestehende Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften.²⁰¹ Der Verkauf ging nur schleppend vor sich, da in Österreich ein Überangebot an Baracken bestand und der Preis der Gebäude in Feldbach wesentlich höher lag als andersorts. Leichter fiel der Verkauf von Dachziegeln, da besonders in Wien und Niederösterreich große Nachfrage nach diesen bestand. Neben privaten Interessenten erwarb die Stadt Feldbach einige Baracken für Wohnzwecke. Bis Jänner 1921 waren drei Viertel der Lagergebäude abgebaut.

Der ehemalige „Russenfriedhof“ hinter dem Lager Mühldorf am Steinberg besteht heute nicht mehr. Im Gegensatz dazu ist der 1916 gleichzeitig mit einer Aufbewahrungshalle angelegte Soldatenfriedhof in Feldbach vorbildlich gepflegt erhalten.

8.3. Die Lager Lebring und Trofaiach

Die Nachkriegsgeschichte des Lagers Lebring begann mit einer Plünderung desselben. Bei der Übergabe des Barackenlagers an die Landesregierung erklärte der Vertreter des Staatsamtes für Heerwesen, daß ein Teil des Lagers mit insgesamt 2000 Betten bis April 1919 von der Übernahme ausgenommen sei. Das Amt plante, die aus feindlicher Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten über das Lager Lebring zu leiten. Dieser Plan wurde schnell fallengelassen, da die Umbaukosten zu hoch und die Anzahl der Heimkehrer zu groß gewesen wäre.²⁰²

Die nach der Plünderung verbliebenen Ausrüstungsgegenstände verkaufte die Sachabrüstung an die Landbevölkerung der Umgebung. Die Baracken mußten abgetragen werden, da man nur wenige Käufer fand. Einige Lagerbaracken übernahmen

Grundeigentümer, mit welchen man schnell zu einer Einigung über die Entschädigungssumme kam. Die Beseitigung des Lagers erfolgte so schnell, daß die Gendarmeriechronik des Postens Wildon nur noch bemerken konnte: „... ist von dem großartig angelegt gewesenen Lager nichts mehr sichtbar.“²⁰³

Erhalten geblieben ist bis heute der Lagerfriedhof, auf welchem 437 rumänische, russische, serbische und italienische Kriegsgefangene ruhen. Ansonsten erinnert nichts mehr an den ehemaligen Lagerbau.

Ebenso unspektakulär verlief die Abtragung des Gefangenenlagers der Pulverfabrik in Trofaiach. Heute erinnern noch einige erhalten gebliebene und immer noch genützte Bauten neben Industrieruinen an die ehemalige Fabrik. An der Stelle der Baracken für die Gefangenen steht heute eine moderne Wohnsiedlung.

9. Zusammenfassung

Die österreichisch-ungarische Monarchie war stets bemüht, die von ihr mitunterzeichnete Haager Landkriegsordnung betreffend die Behandlung von Kriegsgefangenen in allen Punkten einzuhalten. In einer humanen Behandlung der Kriegsgefangenen sah man die Garantie für ein entsprechendes Verhalten des Feindes gegenüber den in fremde Gefangenschaft geratenen eigenen Soldaten. Die Errichtung und Erweiterung der oben beschriebenen Lager, deren bauliche Hygienemaßnahmen und die Einrichtung von Lagerpostämtern oder die Einquartierung von Offizieren in eigenen Lagern, Pensionen und Schlössern spiegeln dieses Bemühen im Bereich der Unterbringung wider. Für Arbeitseinsätze zahlte man den Gefangenen, wie vorgeschrieben, entsprechende Arbeitsentschädigungen aus, versuchte, eine medizinische Betreuung zu gewährleisten und gestattete die Schaffung von Hilfskomitees unter den Gefangenen. Durch die neutrale Beobachter Tätigkeit des Roten Kreuzes waren die kriegführenden Mächte nicht von feindlicher Propaganda in Fragen des Kriegsgefangenenwesens abhängig. Die Möglichkeit der überraschenden Inspektion von Lagern und Arbeitsstätten durch ausländische Delegationen stellte eine zusätzliche Sicherheit für die Gefangenen dar. Interner Schriftverkehr zwischen einzelnen Abteilungen zeigt, daß die verantwortlichen Stellen nicht in erster Linie die Sorge um Aufdeckung von Mißständen durch irgendwelche Delegationen zum Einschreiten bei Vergehen gegen Kriegsgefangene trieb, sondern die bestehende Gesetzeslage. Es war die Bürokratie, welche darüber wachte, daß alle Vorschriften genauestens befolgt wurden.

Daß es innerhalb eines Millionenheeres immer wieder zu Unzulänglichkeiten bei der Behandlung von Gefangenen kommt, ist organisatorisch verständlich und so lange verzeihbar, als Verfehlungen verfolgt werden, und nicht unbestraft bleiben. Probleme gab es des öfteren mit dem Wachpersonal, von welchem nicht selten Übergriffe gegen Gefangene ausgingen. Aus diesem Grund beschäftigte sich ein eigenes Kapitel einer Dienstvorschrift mit der Aufklärung und Disziplinierung der Eskortmannschaft von Gefangenen.²⁰⁴

Das wichtigste Zeugnis für die Behandlung der Gefangenen in einem Land sind deren Sterbeziffern. Grafik 4 zeigt die Todesrate unter den Gefangenen der in

¹⁹⁹ Ebd., ohne Aktenzahl.

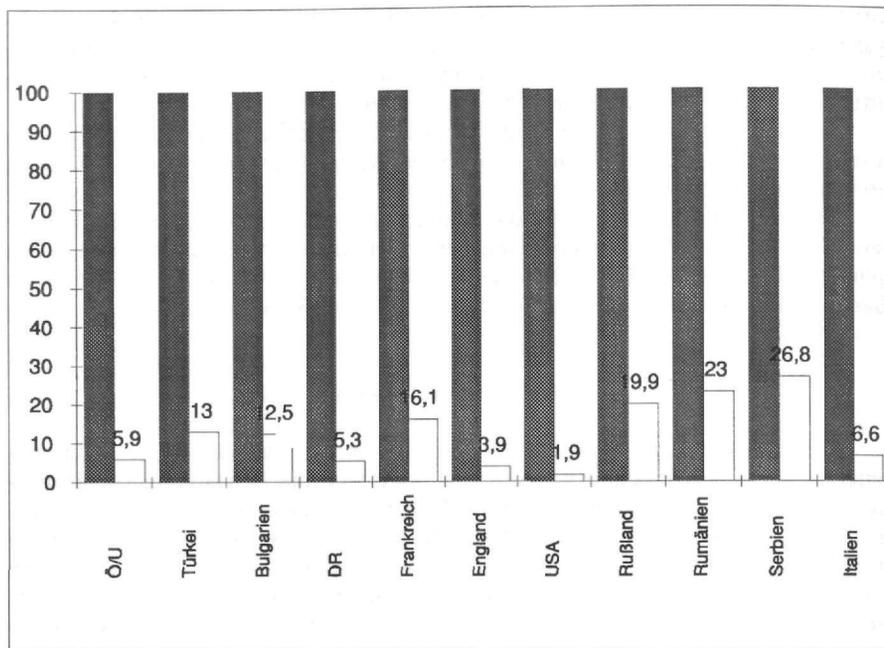
²⁰⁰ Bahn im Bild 29, Steiermärkische Landesbahnen I, Normalspur, Wien 1982, S. 11 f.

²⁰¹ Beilagen zu den stenographischen Berichten des Steiermärkischen Landtages 1919–20, Beilage 13 u. Beilage 306.

²⁰² Archiv der Republik, Kriegsgefangene (Inneres) 1919, Karton 1, 24/3/16; enthält u. a. die Inventarliste des Lagers, welche einen guten Einblick in das Lagerleben bietet.

²⁰³ Gendarmeriechronik Posten Wildon.

²⁰⁴ Weisungen für Behandlung und Disziplinierung russischer und serbischer Kriegsgefangener, 1916, Feldpost 512, S. 2 f.



Grafik 4: Prozentueller Anteil der in der Gefangenschaft verstorbenen Soldaten, aufgeschlüsselt nach Anhalteländern.

Europa kriegführenden Mächte. Teilt man die Gefangenen eines Landes nach ihrer Nationalität auf, ergeben sich unterschiedliche Todesraten zwischen gefangenen Soldaten der einzelnen Nationen. 10,5 Prozent aller Kriegsgefangenen sind in der Gefangenschaft verstorben. Die Zahlen der in der Monarchie verstorbenen Gefangenen liegt weit unter diesem Schnitt. Hinzuzufügen ist, daß die Verstorbenen zahlen in keinem Zusammenhang mit der Anzahl der unterzubringenden Gefangenen stehen.²⁰⁵ Den größten Anteil an Gefangenen in Österreich stellten russische Soldaten mit 68 Prozent aller Gefangenen, gefolgt von 20 Prozent Italienern und acht Prozent Serben, welche die höchste Sterberate unter den gefangenen Nationalitäten aufwiesen.

Die Behandlung der feindlichen Soldaten durch die Zivilbevölkerung war durchwegs gut. Manchmal zu gut, wie die bereits angeführten Beispiele zeigten. Neben Kinobesuchen und gemeinsamen Wirtshausbesuchen von Gefangenen mit ihren Arbeitgebern erhielten die Kriegsgefangenen oft sogar Zivilkleidung geschenkt.

Genau betrachtet muß man sagen, daß ein Großteil der in der Steiermark durchgeführten Arbeitseinsätze von Kriegsgefangenen eigentlich gegen das Haager Recht verstieß. Denn dort heißt es im Artikel 6, daß es untersagt ist, Gefangene zu Arbeiten einzusetzen, welche in Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Die Pro-

dukte von Knittelfeld, Feldbach und Trofaiach standen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Kriegsanstrengungen Österreich-Ungarns. Berücksichtigt man die Bedeutung der Arbeitsleistung der Gefangenen, wie in Grafik 3 gezeigt, für die Landwirtschaft und den Ernteeinsatz im speziellen, so waren auch diese Leistungen für das Land von großem Nutzen, denn ohne Lebensmittel kann kein Krieg geführt werden. Der Einsatz der Gefangenen war somit von direkter kriegswirtschaftlicher Bedeutung.

Interessanterweise gibt es so gut wie keine Berichte über Sabotageakte durch Kriegsgefangene, obwohl die Heeresleitung in ständiger Angst vor solchen lebte. Erst gegen Ende des Krieges, als sich die Versorgungslage allgemein verschlechterte, kam es vermehrt zu Disziplinosigkeiten, wie Lebensmittel- und Gelddiebstählen, durch Gefangene.

Die Lagerstandorte Knittelfeld und Feldbach profitierten direkt von den Gefangenenlagern. In Feldbach steht der durch die Militärbauleitung erschlossene Steinbruch noch immer als bedeutender Wirtschaftsfaktor des Bezirkes in Betrieb, und wenn auch die Holzsäge nicht mehr existiert, so haben sich andere Betriebe an dem Normalspurstrang der ehemaligen Lagerwerkstätte angesiedelt und geht die Feldbacher Industriezone ohne Zweifel unmittelbar auf die Errichtung des Werkstättenbetriebes des Barackenlagers zurück. Nicht unerwähnt darf der beständige Wert der Raabregulierung bleiben.

Das Lager in Knittelfeld beeinflusste die Stadtentwicklung der Zwischenkriegszeit und drückt dem Stadtbild auch heute noch seinen Stempel auf. Ohne die Übernahme von Baracken als Notwohnungen wäre die Ausdehnung des städtischen Wohnbereiches vielleicht anders verlaufen. Für beide Städte, Feldbach wie Knittelfeld, bedeuteten die Lager wirtschaftliche Vorteile während und nach der Kriegszeit.

²⁰⁵ Scheidl Franz, Die Kriegsgefangenschaft. Von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart. Berlin 1943, S. 96 f., nach Zahlen der gemäß Artikel 14 LKO eingerichteten Auskunftsstellen.